

Der KÄMPFER

SOZIALISTISCHE

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS



Nummer 11—12

November/Dezember 1974

2 Schilling

1934



1974

12. November

Am 12. November 1918 war der österreichische Staat zur Sache des Volkes geworden. Neue Männer setzten sich auf die Regierungsbänke. Sie behaupteten nicht, blaues Blut in den Adern zu haben, sie kamen aus der Arbeiterschaft und sie kannten das Leben der kleinen Leute aus eigenem Schicksal. Sie schufen neue Gesetze.

Sie gaben der Arbeiterschaft Recht und Freiheit, sie gaben ihr Zeit, Zeit zum Leben, Zeit zum Lernen, Zeit für die Familie; sie schufen das Achtstundentags- und das Urlaubsgesetz; sie verwirklichten Forderungen, um die die Massen jahrzehntelang gekämpft hatten. Der Arbeiter war nicht mehr der Kuli, sein Vertrauensmann wurde geschützt, das Betriebsrätegesetz gab ihm das Recht, sich für seine Kollegen einzusetzen. Aber was die Arbeiterschaft noch nicht konnte, das war, die Wirtschaft zu planen und sich zu ihrem Herrn zu machen. Sie konnte noch nicht die Macht der Alpine-Montan, die Herrschaft der Banken, des Kapitals brechen.

Um dieses österreichische Volk, das aus den Trümmern eines zerfallenen Staates sich ein neues Heim erbaute, sammelten sich Gewitterwolken. In Ungarn hatte Horthy die Arbeiterschaft blutig niedergeworfen. In Italien waren die Faschisten nach Rom marschiert und hatten die Staatsgewalt an sich gerissen, in Deutschland stellten Generale und Industriekapitäne die Schwarze Reichswehr auf. In Österreich glaubten die Machthaber von gestern mit dem anhebenden Wind der Reaktion mitfliegen zu können und den „revolutionären Schutt“ wegzuräumen.

Es waren keine zehn Jahre vergangen und der Kapitalismus zeigte sich wieder von seiner furchtbarsten Seite.

Die Weltwirtschaftskrise begann hier spürbar zu werden, Arbeiter wurden entlassen und beschäftigungslos wanderten sie von Betrieb zu Betrieb, um Arbeit zu bekommen. Ihr Weg führte an vielen Auslagen vorbei. In ihnen lag der Reichtum der Welt. Da gab es Schuhe und Kleider, Früchte aus Afrika und Amerika, Tee aus China, Kaffee von einer brasilianischen Plantage, Stoffe, deren Wolle aus Australien stammte, da gab es alles, und die Arbeitslosen hätten alles gebraucht. Ihre Kinder streckten die Hände nach den Früchten. Sie selber gingen in zerrissenen Schuhen und zu Hause fehlte schon die Bettwäsche.

Die Menschen mußten arm sein, weil die Welt reich war. Monat für Monat wurde die Zahl

der Arbeitslosen größer, bald zählte man in Österreich 400.000. Es gab Millionen in Deutschland, Millionen und Millionen in der ganzen Welt. Von den 900 Millionen der abendländischen Menschheit waren 35 Millionen arbeitslos, 70 Millionen mußten kurzarbeiten und mit ihren Familien waren 300 Millionen von den furchtbaren Folgen der Wirtschaftskrise betroffen. Jeder Dritte litt unter dem Chaos der kapitalistischen Wirtschaft, und die Flut der Arbeitslosigkeit stieg und stieg weiter. Arbeitslose können ja nicht viel kaufen, daher mußten andere ihre Arbeit einstellen und zu dem Heer der Millionen stoßen. Österreich hatte mehr und mehr Schwierigkeiten, seine Waren auszuführen. Die Fabriken schränkten ihre Produktion ein, die Arbeiter wurden abgebaut oder mußten kurzarbeiten.

Die Arbeitslosen hungerten mit ihren Familien und die Not schien unabwendbar. Die Menschen waren voller Verbitterung, sie waren bereit, alles zu riskieren, nur um diesem Teufelskreis zu entfliehen.

Da kamen die Söldlinge des Kapitals. „Wir wollen euch helfen“, riefen sie, „kommt zu uns, wir geben euch Arbeit und Brot.“

Die Heimwehr marschierte.

Die SA brüllte durch die Gassen: „Deutschland, erwache!“ Der Arbeitslose kam zu einem Fabrikator und bat um Arbeit. „Arbeiten wollen Sie? Sind Sie bei der Heimwehr?“ fragte man ihn. Zu Hause riefen die Kinder nach Brot, da wurde mancher schwach. Die Arbeiter in den Betrieben zitterten um ihren Arbeitsplatz. „Weg mit dem revolutionären Schutt“, brüllten die Vertreter des Geldsacks und meinten das Betriebsrätegesetz, den Achtstundentag, den Urlaub, die Breitner-Steuern, den Wohnhausbau und die Kinderplanschbecken.

Die Arbeiterschaft biß die Zähne zusammen, sie spannte die Muskeln und wartete auf den Generalangriff. — Und der Generalangriff auf Österreichs Freiheit kam.

Nun konnte endlich nach der Niederwerfung der heldenhaft kämpfenden Arbeiterschaft der revolutionäre Schutt beseitigt werden. Damit wurden aber auch die Fundamente der österreichischen Demokratie und damit der österreichischen Selbständigkeit untergraben. Der Weg wurde frei für die Panzer des Dritten Reiches. Auf den 12. Februar 1934 folgte gesetzesmäßig der 12. März 1938; auf das Ende der österreichischen Demokratie das Ende des österreichischen Staates vom 12. November . . .

Erinnert Euch immer daran, daß man begeistert sein muß, um große Dinge ganz tun zu können.

100 Jahre Wiener Zentralfriedhof

Ein Beitrag zu seiner Geschichte in den Jahren 1934 bis 1945

Hundert Jahre wurden es am 1. November, daß der Wiener Zentralfriedhof eröffnet wurde. Monumentale Grabdenkmäler und schlichte Grabkreuze erinnern an Menschen, die in diesen hundert Jahren hier ihre letzte Ruhestätte gefunden haben. Wir wollen uns aber nur einer Periode zuwenden, während der es verboten war, den Opfern des Faschismus Grabsteine zu setzen, als es verboten war, Blumen auf die Gräber zu legen und als die Kämpfer für die Freiheit nach ihrer Hinrichtung bei Nacht und Nebel wie Hunde verscharrt wurden — den Jahren 1934 bis 1945. Und trotz Verbot und Terror wurden ihre Gräber in diesen Jahren zu Pilgerstätten vieler mutiger Antifaschisten.

Nach der blutigen Niederwerfung der Demokratie und der Arbeiterbewegung im Februar 1934 durch die Austrofaschisten mußten sich die neuen Machthaber auch mit der Frage der Beerdigung der bei den Kämpfen getöteten Menschen befassen. Während die Opfer der Exekutive und der Heimwehr mit großem Pomp und Aufwand bestattet wurden, sollten die gefallenen Schutzbündler und die vielen zivilen Opfer heimlich und ohne jedes Aufsehen beerdigt werden. Am 16. Februar 1934 trafen sich Vertreter der Behörden und der Leichenbestattungsunternehmungen, um die Beerdigung der zivilen Opfer zu besprechen. Hier ein paar Auszüge aus dem damals angefertigten Protokoll:

„... Um in die beteiligten Kreise nicht neuerlich Unruhe zu tragen, wird zur Erwägung gestellt, daß außer dem Seelsorger keine Redner in der Aufbahrungshalle beziehungsweise am Grabe auftreten... Die Partien dürfen nichts Gesetzwidriges und Aufreizendes enthalten, sondern am besten nur allgemeine Redewendungen wie „einem tragischen Geschehnisse zum Opfer gefallen“ und dergleichen. Aus Gründen der öffentlichen Ordnung wäre die Auflage der Partien für jedes Begräbnis mit höchstens 200 zu begrenzen. Von jeder Partei wären einige Exemplare ehestens dem Polizeipräsidenten zu übermitteln... Bezüglich der Inschriften der Grabsteine wäre auf die Genossenschaft der Grabsteinerzeuger entsprechender Einfluß zu nehmen!“

Am 20. Februar 1934 nachmittags sollten die zivilen Opfer und die gefallenen Schutzbündler bestattet werden. Direktor Ratzendorfer von der städtischen Leichenbestattung hatte dazu folgendes zu sagen:

„Der Friedhof wird bereits mittags für private Besucher abgesperrt. Die für die angegebene Zeit bereits angesetzten Leichenbegräbnisse werden auf den nächsten Tag verschoben.“

Tatsächlich wurden sämtliche Begräbnisse am Mittwoch, dem 21. Februar 1934 durchgeführt.

Trotz aller dieser Geheimhaltungen teilte aber die illegale, im Untergrund erscheinende kleine „Arbeiter-Zeitung“ bereits in der Nummer 7 ihren Lesern die Gräber der Wiener Februargefallenen mit, die mit Hilfe von Friedhofsarbeitern eruiert worden waren! Weiters schrieb die „Arbeiter-Zeitung“:

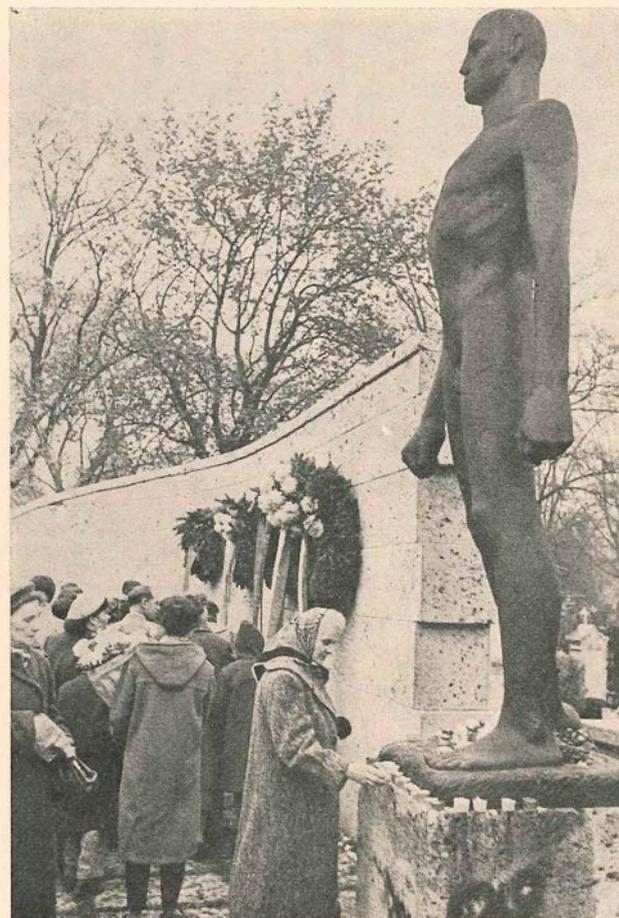
„Zwei Schächte in der Gruppe 28, Nummer 1—65, in denen 130 gefallene Schutzbündler ruhen, wurden am Gründonnerstag mit einem gro-

ßen Plakat bedeckt, auf dem geschrieben stand: „Hier ruhen unsere ermordeten Schutzbündler!“ Die Kunde davon verbreitete sich sehr rasch, und tausende Arbeiter zogen an den so kenntlich gemachten Gräbern vorbei. Von halb ein Uhr mittags bis vier Uhr nachmittags blieb die plakatartige Aufschrift auf den Gräbern. Dann wurde sie von der Heimwehr entfernt. Ein Arbeiter, der einen Strauß roter Nelken auf das Grab gelegt hatte und sich weigerte, ihn wieder zu entfernen, wurde deshalb zu sieben Tagen Arrest verurteilt.“

Über Verurteilungen von Arbeitern, die Blumen auf die Gräber der gefallenen Schutzbündler legten, wird mehrmals in der illegalen Presse der Arbeiterbewegung und in den Polizeiakten berichtet. Einige Beispiele wollen wir hier anführen.

„Ein Monteur des Wiener Elektrizitätswerkes ging anfangs November in den Zentralfriedhof und zog, als er am Grabe Georg Weissels vorbeiging, ehrerbietig den Hut. Darauf wurde er von dem dort postierten Polizeibeamten verhaftet und wie üblich (!) zu einer mehrwöchigen Polizeistrafe verurteilt. Aber nicht genug an dem: Noch in der Haft erreichte ihn die Mitteilung von der Direktion der Elektrizitätswerke, daß er fristlos und ohne jeden Anspruch entlassen sei.“

„Rollauer gibt zu, zwei Blumen auf das Grab des Weissel gelegt zu haben. Spruch: Der Beschul-



Mahnmal auf dem Wiener Zentralfriedhof für die Opfer des Kampfes um ein freies Österreich.

digte hat durch sein Verhalten am Grabe Weissels am 3. 11. 1934 die Ordnung an öffentlichen Orten gestört und dadurch eine Personenansammlung hervorgerufen und sein Verhalten außerdem geeignet war, mit Rücksicht auf die Örtlichkeit bei den anderen Friedhofsbesuchern Ärgernis zu erregen. Rollauer wurde... zu 14 Tagen Arrest bestraft⁵."

„Vor einigen Tagen legte ein Wiener Straßenbahner im Zivil, der mit der Familie unseres armen Genossen Sever befreundet war, im Urnenfriedhof des Krematoriums einen Strauß roter Nelken auf das Grab der während der Februarkämpfe ermordeten Gattin Severs nieder. Kaum war dies geschehen, als ein Sicherheitswachmann auf den Übeltäter zutrat und den Straßenbahner verhaftete. Auf dem Kommissariat wurde der ‚Verbrecher‘ zu 14 Tagen Arrest verurteilt, die er sofort absitzen mußte. Damit war aber dieser Frevel noch nicht zur Genüge gesühnt! Der Strafakt wurde der Straßenbahndirektion übermittelt, die den Bediensteten, der 18 Dienstjahre hatte und für eine Familie zu sorgen hat, fristlos und ohne Pensionsansprüche entließ. Praktisches Christentum⁶!“

Neben diesen vielen Aktivitäten von einzelnen mutigen Genossen kam es auch zu organisierten Aktionen der Revolutionären Sozialisten und anderer Organisationen bei den Gräbern der Julioffer 1927 und bei den gefallenen und hingerichteten Sozialisten. Es wurden „Massenbesuche“ zu den Gräbern der getöteten Parteigenossen vorbereitet, die mit Kundgebungen gegen den Faschismus verbunden werden sollten⁷.

So trafen zum Beispiel am 30. Oktober 1934 ungefähr 150 jugendliche Sozialisten unauffällig



Gräber der hingerichteten Widerstandskämpfer im Jahre 1946. Wiener Zentralfriedhof, Gruppe 40.

Auszug aus dem Polizeistrafakt
Pst. 3465/34

Koat Simmering

Rollauer gibt zu, zwei Blumen auf das Grab des Weissel gelegt zu haben.

Spruch: Der Beschuldigte hat durch sein Verhalten am Grabe Weissels am 3. November 1934 die Ordnung an öffentlichen Orten gestört und dadurch eine Personenansammlung hervorgerufen und sein Verhalten außerdem geeignet war, mit Rücksicht auf die Örtlichkeit bei den anderen Friedhofbesuchern Ärgernis zu erregen.

Rollauer wurde wegen Übertretung des § 1 der Verordnung der Bundesregierung vom 19. Mai 1933, BGBI. 186, zu 14 Tagen Arrest bestraft. Strafe rechtskräftig und wird derzeit Polizeigefangenenhaus verbüßt.

Koat Simmering
8. NO. 1934, *[Signature]*

Wegen zwei Blumen, die Rollauer am 3. November 1934 auf das Grab von Georg Weissel gelegt hat, wurde er zu 14 Tagen Arrest verurteilt.

im Zentralfriedhof ein, um sich dann geschlossen zum Grab von Georg Weissel zu begeben. Als der Zug beim Grab ankam, versuchten sechs Polizisten „Ordnung“ zu machen, wobei es zu Auseinandersetzungen der jugendlichen Demonstranten mit der Polizei kam. Ehe die Polizei Verstärkung herbeiholen konnte, waren die jungen Sozialisten auf und davon⁸.

Wir berichteten schon über die Sorgen der Austrofaschisten wegen der Beschriftung von Grabsteinen. Besonders deutlich trat diese inhumane Haltung beim Grabstein für Genossen Georg Weissel in Erscheinung, an dem die Witwe am Sockel die Worte: „Ein Stein unter Steinen im Aufbau der Menschheit“ eingravieren ließ. Am 18. August 1935 schrieb Polizeipräsident Dr. Skubl einen vertraulichen Brief an die Magistratsdirektion, worin folgendes zu lesen ist:

„Die Bundespolizeidirektion stellt zur Erwägung, ob nicht etwa die für die Aufstellung

von Grabdenkmälern bestehenden Vorschriften eine Handhabe dafür bieten, eine Abänderung beziehungsweise Entfernung der in der Inschrift letzterwähnten Worte zu veranlassen⁹.“

Nach einem langen Instanzenzug mußte schließlich die Inschrift auf Kosten der Witwe entfernt werden! Die Rechnung betrug 65.70 Schilling, ein Betrag, der nach heutigem Wert sicher mehr als 1000 Schilling gleichzusetzen war.

Nach der Besetzung Österreichs durch das nationalsozialistische Deutschland im März 1938 kam es in der sogenannten „Kristallnacht“ am 9. November 1938 auch zur organisierten Zerstörung der jüdischen Zeremonienhallen auf dem Zentralfriedhof durch die SA und andere Nazis. In einer chronologischen Zusammenfassung über die Zerstörungen der Bethäuser wurde für 15.20 Uhr folgendes gemeldet:

„11, Zentralfriedhof, Tor I. Brannten vier Kanzleien und die Betstühle in der Aufbahrungshalle. Mit einer Schlauchlinie abgelöscht. Schaden über 100 RM¹⁰.“

In einem gesamtösterreichischen Bericht fügte man noch folgende Ergänzungen hinzu:

„Die Zeremonienhallen der Israelitischen Kultusgemeinde auf dem Zentralfriedhof (Tor I) und auf dem neuen Friedhof (Tor IV) sind durch Sprengungen schwer beschädigt worden, so daß eine ordnungsgemäße Durchführung der Leichenbestattung nicht gewährleistet werden konnte¹¹.“

Im Jahre 1941 hatte die Gestapo ein Verbot erlassen, Angehörige christlicher Bekenntnisse, die nach den berüchtigten Nürnberger Gesetzen als Juden galten, auf Friedhöfen der Stadt Wien zu bestatten. Daraufhin stellte die Kultusgemeinde beim IV. Tor einen eigenen Einsegnungsraum und Gräber für diese vertriebenen Toten zur Verfügung¹².

Weiterhin wurden auch die Gräber der Februar-gefallenen besucht. Die Gestapo Wien berichtete, daß am 11. Februar 1940 am Grab von Karl Münichreiter rote Blumen hinterlegt, sieben Kerzen angezündet und einige Photos davon aufgenommen wurden. Das Alter der acht beteiligten Männer betrug zwischen 18 und 27 Jahren. Auch die Gräber von Gerl und Weissel bildeten das Ziel jugendlicher Widerstandskämpfer, wobei sämtliche Teilnehmer perlustriert wurden. Der abschließende Bericht der Gestapo vom 6. März 1940 erwähnt

ARBEITER WIENS! GENOSSEN!

Besucht die Ruhestätten der gefallenen Revolutionäre.
Legt Blumen auf die Gräber der Teuersten des österreichischen Proletariats.

Notiert euch:

Ing. Georg Weissel, Zentralfriedhof, Haupttor,
Gruppe 87, Reihe 42, Grab 12
Karl Münichreiter, Krematorium, Abteilung III,
Ring 3, Gruppe 3, Grab 26 (nicht mehr
Zentralfriedhof)
130 gefallene Schutzbündler, Zentralfriedhof, Haupttor,
Gruppe 28, Reihe 42, Grab 1 bis 65 (je zwei
in einem Grab)
Zivilopfer (verstreut beerdigt), Zentralfriedhof,
Haupttor, Gruppe 35a, Reihe 17,
Gruppe 87, Reihe 40 bis 42.

Hinter der Lueger-Gedächtniskirche, am Rande des ersten Rondeaus, befindet sich die wohlgepflegte Ruhestätte der Gefallenen der Exekutive. Seht diese euch an und vergleicht sie mit dem Massengrab der Schutzbündler, das wie eine Mistgsetten aussieht. Die christliche Regierung sabotiert die Instandhaltung. Arbeiter Wiens! Nehmt die Heldengräber des Proletariats in eure Obhut, legt Blumen auf die Gräber der Teuersten des österreichischen Proletariats.

Die rote Front ist bereit, sich an der Instandhaltung und Pflege der Gräber finanziell zu beteiligen. Sie richtet an die Stadtleitung der KP und an das Zentralkomitee revolutionärer Sozialisten (Sozialdemokratie) die Aufforderung, sich ihrerseits hiezu zu äußern.

17 Personen, die bei diesen Aktionen verhaftet wurden. Bei den Verhören wurde festgestellt, daß auch Beiträge für die Ausstattung der Gräber der im Februar 1934 justifizierten Schutzbündler geleistet wurden¹³.

In der Gruppe 40 auf dem Zentralfriedhof wurde ein Teil der im Wiener Landesgericht hingerichteten Widerstandskämpfer bei Nacht verscharrt, wobei der Ort ihrer letzten Ruhestätte nicht einmal den Angehörigen bekanntgegeben wurde. Erst nach der Befreiung Österreichs im Jahre 1945 war es möglich, die Grabstätte festzustellen¹⁴.

Für die Opfer des Faschismus, die im Kampf um ein freies Österreich gefallen sind, enthüllte am 1. November 1948 Bürgermeister Theodor Körner das von der Stadt Wien errichtete Mahnmal im Zentralfriedhof. Das Denkmal ist das Werk des Bildhauers Fritz Cremer und der Architekten Wilhelm und Grete Schütte. In sehr eindrucksvoller Weise wird bei diesem Mahnmal der Leidensweg der Opfer des Faschismus symbolisiert. Stufen, die die faschistischen Jahre von 1934 bis 1945 darstellen, führen zu einer Mauer, die den Terror jener Jahre versinnbildlicht. Auf dem Wege stehen drei Statuen: Im Vordergrund eine Frauengestalt, gebeugt und verhüllt, die Trauer, auf der Mitte des Weges mit erhobenem Haupt und emporgestreckten Händen die Anklage und auf der obersten Stufe, dort, wo die Kerkermauer plötzlich abbricht, die Bronzestatue eines Mannes, des Befreiten.

Genosse Theodor Körner sagte in seiner Gedenkrede damals unter anderem:

„Vor aller Welt soll daher dieses Ehrenmal Zeugnis ablegen für den hohen Beitrag, den dieses Land entrichtet hat, als jeder Widerstand gegen die Mächte, die vorübergehend ganz Europa beugten, noch aussichtslos erschien... Mögen die Opfer, für die es geschaffen wurde, wo immer sie schlummern, möge ihre Asche verstreut in alle Winde sein, ihr Andenken wird in diesem Grabmal, zu dem das Volk von Wien in Ehrfurcht und in Liebe pilgern wird, eine ewige Heimstätte finden. Der

Sinn dieses Denkmals ist die Mahnung, daß unser höchstes Gut die Freiheit ist und jeder Staat sich selbst entehrt und auch entkräftet, der seine Bürger knechtet. Es mahnt uns aber nicht zuletzt an unsere Ehrenpflicht, der Witwen und Waisen jener Opfer niemals zu vergessen¹⁵.“

- 1 Protokoll einer Besprechung von Vertretern der Behörden und der Leichenbestattungsunternehmen über die Beerdigung der zivilen Opfer der Februarkämpfe. 16. Februar 1934. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW), Archiv-Nr. 5873.
- 2 Aktenvermerk über die Verschiebung der Leichenbegräbnisse der zivilen Opfer der Februarkämpfe vom 20. Februar 1934 auf den 21. Februar 1934. (DÖW) Archiv-Nr. 5873.
- 3 „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 7, 8. April 1934. „Die Gräber der Wiener Februargefallenen.“
- 4 „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 40, 25. November 1934. „Wegen eines Grußes am Weissel-Grab — Entlassung!“
- 5 Auszug aus dem Polizeistrafbuch Pst. 3465/34, Koat. Simmering. 7. November 1934. (DÖW) Archiv-Nr. 3793.
- 6 „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 42, 9. Dezember 1934. „Entlassen wegen eines Blumenstraußes auf ein Grab!“
- 7 Bundespolizeidirektion Wien, Pr.Z. IV — 1206/35. Wien, am 25. Jänner 1935. Von Kommunisten und Sozialdemokraten geplante Aktionen anlässlich der Wiederkehr des Jahrestages der Februarrevolte. (DÖW) Archiv-Nr. 7270.
- 8 „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 40, 25. November 1934. „Eine Polizeischlappe am Grabe Weissels.“
- 9 Simon, Joseph T.: Georg Weissel. In: „Werk und Widerhall.“ Große Gestalten des österreichischen Sozialismus. Hrsg. von Norbert Leser. Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung. Cop. 1964. S. 438. „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 16, 19. April 1936. „Feile Richter gegen Georg Weissel.“
- 10 Rosenkranz, Herbert: „Reichskristallnacht.“ 9. November 1938 in Österreich. Wien u. a.: Europaverlag Cop. 1968. S. 36. (Monographien zur Zeitgeschichte. Schriftenreihe des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes.)
- 11 A. a. O., S. 38.
- 12 „Arbeiter-Zeitung“, 20. Dezember 1967. „Den Ungeist stets bekämpfen... Neue jüdische Zeremonienhalle feierlich eröffnet.“
- 13 Stadler, Karl R.: „Österreich 1938—1945 im Spiegel der NS-Akten.“ Wien, München: Herold Cop. 1966. S. 200 f. (Das einsame Gewissen, Bd. III.)
- 14 „Arbeiter-Zeitung“, 3. November 1945. „Wien ehrt die Opfer des Naziterrors. Die Gedenkfeier im Zentralfriedhof.“
- 15 „Arbeiter-Zeitung“, 3. November 1948. „Wien ehrt die Opfer des Faschismus. Die Enthüllung des Opferdenkmals im Zentralfriedhof.“

1975

MÖGE UNS DAS KOMMENDE JAHR
WEITER ENTSCHEIDEND UNSEREM
GROSSEN ZIELE NÄHER BRINGEN:

Freiheit und friedliche Zusammenarbeit aller
in einer
sozialistischen Gesellschaft

Weihnachten in Buchenwald

Der Weihnachtsabend rückte heran. Schnee und Kälte waren eingezogen und es sollten wie immer „weiße Weihnachten“ werden. Die Wunschträume und die Erwartungen stiegen zu einem Höhepunkt, als am frühen Morgen des 22. Dezember 1938 Zimmerleute auftauchten und sich emsig mit der Aufstellung eines großen Podiums mitten auf dem Appellplatz befaßten. Nun begann ein großes Rätselraten unter den Häftlingen: Sollte dieses Podium etwa für eine Art Kanzel gebaut werden, von der aus eine salbungsvolle Predigt zu den dann auf dem Platz angetretenen Buchenwaldern gehalten werden sollte? So wenig realistisch auch solche Überlegungen gewesen sein mochten — die „Optimisten“ gewannen immer mehr Anhänger. Man glaubte — weil man es glauben wollte und sich selbst vorgaukelte —, daß vielleicht die Lagerkapelle zu einem Auftreten gezwungen werden würde oder . . . Und das Erstaunen wuchs noch, als ein etwa fünf Meter hoher Baumstamm mitten auf dem Podium aufgerichtet wurde. Einige meinten, es handle sich um einen Lichtmast, schwiegen aber gleich, als nun auch noch ein Querbalken darüber angebracht worden war. Sollte zu dieser Stunde das Unmöglichste, das Verwegenste tatsächlich Wirklichkeit werden? Das Gehirn wollte es nicht fassen, denn die überreizte Phantasie sah nur einen mächtigen Tannenbaum mit Kerzen auf dem Podium stehen. Es schien ein wehevoller Anblick. Ein Kreuz stand dort . . .

Aber man hatte einen Galgen aufgestellt — also wird man einen Menschen, einen aus unserer Mitte, daran erhängen! Aufgeregt verfolgen die Häftlinge jede Bewegung, jeden Handgriff auf dem verhängnisvollen Holzgerüst. Ein starker Strick wird nun auf dem Galgen befestigt und zwei Häftlinge hängen sich daran, um die Verlässlichkeit des Seiles zu erproben und seine Festigkeit zu prüfen. Und ein Schemel wird herbeigeschafft, zurechtgestellt, den das unglückliche Opfer der SS wird besteigen müssen. Noch sind die Henkersknechte nicht zu sehen und ihr Opfer ist noch nicht da.

Geduld — die Weihnachtsglocken haben noch nicht zu läuten begonnen . . .

Eine SS-Kompanie mit Stahlhelmen und aufgepflanztem Bajonett marschiert jetzt auf. Manche von uns denken an die Bilder aus der Biblischen Geschichte unserer Kinderzeit, als die Kriegsknechte des Pilatus bei der Kreuzigung Christi aufzogen und Wache schoben. Aber der Anblick dieses Galgens heute störte die SSler nicht. Denn jeder einzelne von ihnen wäre wohl sofort bereit gewesen, selbst den „Richter“ zu spielen und die schändliche Rolle des Henkersknechtes zu übernehmen. Nur noch das Volk fehlte . . .

Aber schon ging ein Kommando durch das ganze Lager: Man rief alle Häftlinge auf den

Appellplatz. Und die Veranstalter dieser verbrecherischen, makabren Szene, die nun bevorzugen schien, taten noch ein übriges: Leute ihresgleichen tauchten auf, die Nazi-Prominenz aus Weimar und Umgebung, in Uniform und in Zivil zusammen mit Offizieren und Militärs — elegant und festlich gekleidet. Und sie gruppieren sich alle um das Podium herum.

Unterdessen standen etwa zehntausend Häftlinge vor Kälte zähneklappernd auf dem hartgefrorenen Boden des Appellplatzes. Sie hatten keinen Übermantel und standen da und warteten, um lebendige Zeugen einer Freveltat zu werden, wie sie seit der Zeit der Christenverfolgungen nicht mehr begangen wurde. Diese Masse bleicher, ausgemergelter Todeskandidaten war in diesen Minuten tiefster Schmach und Schande ein Herz und eine Seele.

Nach bangem Warten nahte jetzt das unglückliche Opfer, geführt von einigen wirklichen Henkersknechten. Aufrecht schritt es dem Podium zu und bot das Bild eines mutigen, tapferen Mannes. Schritt und Körperhaltung glichen denen eines Anführers, der seine Anhänger einem sicheren Sieg entgegenführt und nicht eines verzweifeln zum Tode Verurteilten.

Der Lautsprecher dröhnte über den Platz: „Peter Forster wurde vom Weimarer Gericht wegen Flucht und Totschlages zum Tod durch Erhängen verurteilt.“ Forster wollte noch sprechen, eine Handbewegung deutete das an und vielleicht hätte er noch sagen wollen: „Ich bin Sozialist und sterbe für den Freiheitskampf gegen die Nazis!“ Aber eine Injektion hatte ihm die Stimmbänder gelähmt. Und da war auch schon der Henker: Es war der Lagerälteste, der KZler Richter, eines der übelsten Subjekte des ganzen Lagers. Für fünf Mark Entlohnung hatte er das „Amt“ des Henkers übernommen. Mit grinsender Miene hantierte er nun auf dem Podium, legte die Schnur zurecht, befestigte deren Ende an dem Balken und stellte den Schemel unter die baumelnde Schlinge. Totenstille lag über dem ganzen Platz, als nun der Henker die Schlinge um Peter Forsters Hals legte, ihn auf den Schemel steigen ließ und diesen mit einem einzigen Ruck unter Peters Füßen fortstieß, nachdem er noch vorher den Strick gespannt hatte.

Peter Forster ging tapfer seinen Weg. Ein armes und zerknirschtes Häuflein Unglück hatten die Nazis bei dieser Hinrichtung wohl erwartet, aber ein aufrechter Märtyrer war an den Mordbuben in Frack und Uniform vorbeigegangen. Sein Opfer in dieser Weihnachtszeit wird nicht vergessen werden. Denn Männer und Frauen werden einmal davon künden, daß er ihr Bruder und Mitkämpfer gewesen ist und sie werden die Idee, für die er gestorben ist, weitertragen und verwirklichen.

Solidarität mit Chile!

Als am 11. September 1973 die rechtmäßige Regierung Chiles durch einen faschistischen Staatsstreich gestürzt, der frei gewählte Präsident Salvadore Allende ermordet wurde, hat der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus als eine der ersten Organisationen unseres Landes eine brüderliche Solidarität mit dem gemarterten chilenischen Volk zum Ausdruck gebracht.

Funktionäre der Sozialistischen Freiheitskämpfer waren auch maßgeblich an der Gründung und Entwicklung der überparteilichen „Chile-Solidaritätsfront“ beteiligt, die große Aktionen für Chile durchgeführt hat. Auf dem Parteitag der SPÖ wurde auf Antrag der Sozialistischen Freiheitskämpfer eine Resolution für Chile beschlossen.

Einen Höhepunkt der Solidaritätsbewegung bildete der Besuch von Genossin Hortensia Bussi de Allende, der Witwe des ermordeten chilenischen Präsidenten. Nicht nur in ihrer ergreifenden Rede bei der Großveranstaltung der Chile-Solidaritätsfront auf der WIG, sondern auch bei vielen Gesprächen hat es Genossin Allende verstanden, den österreichischen Antifaschisten mit einfachen Worten die Wahrheit über die Ereignisse in Chile bewußt zu machen. Für uns ergeben sich daraus die Erkenntnisse:

Wie einst in Österreich, so richtet sich heute in Chile der faschistische Terror gegen alle Antifaschisten, ohne Unterschied der parteipolitischen und weltanschaulichen Orientierung.

Wie einst in Österreich, so ist auch heute in Chile die Gewaltherrschaft des Faschismus nur möglich, weil die Machthaber ausländische Hilfe genießen. In Österreich war es zuerst der italienische Faschismus, der das austrofaschistische Regime stützte, während die Nazis sich als Agenten des deutschen Imperialismus erwiesen.

Diese Rolle haben in Chile, wie dokumentarisch nachgewiesen werden konnte, der amerikanische Geheimdienst und die großen multinationalen Konzerne gespielt.

Wie einst in Österreich gibt es auch heute in Chile einen antifaschistischen Untergrund. Dieser bedarf der solidarischen Hilfe aller demokratischen und antifaschistischen Kräfte der Welt. Daher die große Bedeutung der internationalen Solidaritätsbewegung in Chile.

In ihrer großen Rede in der WIG-Halle in Wien sagte Genossin Allende unter anderem:

„Der Militärputsch der Junta war der Anfang einer Zeit des Terrors, der unverändert anhält. Mehr als 30.000 Patrioten sind gemordet worden. Die politischen Häftlinge werden in Konzentrationslagern und Gefängnissen festgehalten. Alle Menschenrechte werden mißachtet. Es werden ständig die barbarischsten und raffiniertesten Foltermethoden angewendet.

Die Prozesse, die stattfinden, sind eine tragische Maskerade, wobei es nicht die geringsten verfahrensrechtlichen Garantien gibt. Man versucht die Kultur zu zerstören, indem man ihre Vertreter und Interpreten verfolgt, ihre Werke verbrennt, Schulen und Universitäten schließt.

In der Wirtschaft hat man mit der Entnationalisierung begonnen. Man entschädigt die nordamerikanischen Kupferunternehmen und den Großgrundbesitzer werden ihre Gründe zurückgegeben. In den von der Unidad Popular verstaatlichten Fabriken und Handelsunternehmen werden die alten Besitzer eingesetzt.

Andererseits hat die kritische wirtschaftliche Lage, die Gewaltmißbräuche der Diktatur, die brutale Unterdrückung politischer Institutionen und Organisationen und der Ausschluß der bürgerlichen Parteien, die den Putsch ermutigt haben, von der Machtausübung zu einer Trennung zwischen der Junta und diesen politischen Gruppen geführt.

Ganz speziell trifft dies für die Christdemokraten zu, deren Spitzenfunktionäre, angeführt von Frei und seinen Putschkomplizen, die das Verbrechen im Vertrauen darauf organisiert hatten, daß sie die Macht mit den Militärs teilen würden oder sie nach kurzer Übergangszeit von ihnen überantwortet bekämen.

Fast alle Regierungschefs und unzählige Persönlichkeiten und Organisationen in der ganzen Welt haben protestiert.

Die Arbeiter der ganzen Welt haben verschiedentlich demonstriert, von Proteststreiks bis zum Boykott von chilenischen Schiffen, von der Unterbrechung der Verbindung mit Chile bis zum physischen Boykott von Waffen und militärischer Ausrüstung.

Die internationale Solidarität ist lebenswichtig für den Kampf des chilenischen Widerstands gegen die Diktatur!“

Bereits vor dem Besuch der Genossin Allende fand am 11. September, dem Tag des faschistischen Putsches, ein Schweigemarsch zur Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus auf dem Wiener Heldenplatz statt. Chilenische Flüchtlinge ehrten gemeinsam mit österreichischen Antifaschisten die Opfer des Freiheitskampfes in unserem Land.

Genosse Bruno Pittermann wies in seiner Gedenkrede auf die verbrecherische Rolle des kapitalistischen „Politgangstertums“ der USA hin und rief zu verstärkter Solidarität mit den Unterdrückten in Chile auf.

Bei der großen Solidaritätskundgebung in der WIG-Halle betonte Genosse Josef Hindels die Erfahrungen, die in Österreich mit zwei faschistischen Diktaturen gemacht wurden. Die geistige Stoßrichtung der Chile-Solidaritätsfront faßte er in zwei Sätzen zusammen:

„Es lebe der Widerstand des chilenischen Volkes!
Hoch die internationale Solidarität!“

Genossin Allende dankte allen, die in diesem Sinne tätig sind, mit den zu Herzen gehenden Worten:

„Dem österreichischen Volk unseren ewigen Dank! Es wird der Tag kommen — eher früher als später — in dem wieder Freiheit und Gerechtigkeit in unserer Heimat herrschen werden — und dann werden wir nie vergessen, daß einen Teil dieses Sieges jeder einzelne von Euch erreicht hat!“

Große Beachtung bei den verschiedenen Veranstaltungen der Chile-Solidaritätsfront fand auch eine Erklärung der „Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta in Chile“, der angesehenen Juristen aus vielen Ländern angehören. Es heißt in dieser Erklärung, die nach eingehenden Beratungen in Kopenhagen und Helsinki beschlossen wurde, unter anderem:

Die Internationale Kommission bringt das Verlangen der Weltöffentlichkeit nach Beendigung des politischen Terrors in Chile zum Ausdruck und erklärt, daß die Militärjunta unverzüglich folgende Mindestforderungen erfüllen muß:

1. Widerrufung aller gefällten Todesurteile.

2. Bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen und Verhafteten. Die fortgesetzte Inhaftierung von Führern, Mitgliedern und Anhängern der Regierung und Parteien der Unidad Popular ohne Verhaftungsbefehl und ohne ihnen die Möglichkeit zu geben, sich selbst oder durch einen frei gewählten Anwalt zu verteidigen, verletzt die verfassungsmäßigen Garantien und allgemein anerkannte Prozeßforderungen.

3. Einstellung der falschen Auslegung und Anwendung von Artikel 418 und Artikel 419, Abs. 2 des Militärgesetzbuches wider den Geist und Buchstaben des Gesetzes. Auf diese Weise wird die verfassungsmäßige Regierung von Präsident Salvador Allende zum „inneren Feind“ erklärt. Das dient dazu, die chilenischen Demokraten vor außerordentliche Militärgerichte zu bringen und sie wegen „Hochverrats“, „Spionage“ und „Aufruhr“ laut Artikel 245 Kap. 1 und Artikel 274 anzuklagen und zu verurteilen.

Einstellung der laufenden Prozesse und Freilassung aller bereits vom Militärgericht abgeurteilten Personen. Zu diesem Zweck sollte die Gewalt des Militärkommandos dazu benutzt werden, um die von den Gerichten gefällten Urteile zu mildern oder abzuwandeln (Artikel 74 und 75 des Militärgesetzbuches).

4. Aufhebung des nicht der Verfassung entsprechenden Ausnahmezustandes und Kriegszustandes, das heißt Widerruf der Juntadekrete Nr. 3 und Nr. 5 vom 18. September 1973 und des Dekretes Nr. 13 vom 20. September 1973.

5. Einstellung der Tätigkeit der Kriegsgerichte. Die Kriegsverfahrenbarkeit wurde von der Junta wider Artikel 72 der chilenischen Verfassung und ohne die vom Militärgesetzbuch und Gesetz Nr. 12.927 vom 6. August 1958 die Staatssicherheit betreffend (Artikel 35) vorgesehenen Voraussetzungen eingeführt.

6. Keine weiteren willkürlichen und ungerechtfertigten Verhaftungen. Der Oberste Gerichtshof Chiles und die Berufungsgerichte dürfen nicht daran gehindert werden, auf Ersuchen (eines Gefangenen, seiner Angehörigen, seines Verteidigers oder nationaler und internationaler Gremien) die Rechtmäßigkeit der Verhaftung und die Haftbedingungen zu überprüfen.

7. Gewährleistung menschlicher Behandlung der politischen Gefangenen, insbesondere Erfüllung der in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Artikel 5) und in der internationalen Konvention der zivilen und politischen Rechte (Artikel 7) enthaltenen Forderungen hinsichtlich der Unzulässigkeit der Folterung oder grausamen, unmenschlichen oder entwürdigenden Behandlung oder Bestrafung.

Sollten diese Forderungen, so heißt es in der Erklärung an anderer Stelle, nicht erfüllt werden, wird die Internationale Kommission Gegenprozesse durchführen.

Wallisch darf nicht diffamiert werden



Im Verzeichnis der Vorlesungen und Vorträge für das Wintersemester 1974/1975 der Wiener Katholischen Akademie heißt es unter dem Titel: „Österreichs Gratwanderung in den Jahren 1918 bis 1934“ unter anderem:

„In Österreich triumphierte die Willkür, und Ungarn geriet unter die Herrschaft der Kommunisten unter Bela Kun. Von dort gingen Bestrebungen aus, dieses System auch auf Österreich auszudehnen.“

Bürgerliche Elemente flohen aus Ungarn und ließen sich in Wien nieder, und die ungarischen Sowjetkommisäre ließen sich hier ebenfalls nieder, um von Wien aus nicht nur Österreich, sondern auch den Westen zu unterwühlen. Zwischen den beiden Landsleuten kam es zu einem unterirdischen Kampf.

Nach dem Sturz des Räteregimes flohen die einstigen Machthaber nach Wien, und die Sorge der Polizei war, zu verhindern, daß den Emigranten, die das österreichische Asylrecht genossen, nichts geschehe. Auf Grund der guten Beziehungen, die schon vor dem Krieg bestanden, konnten die ‚Verfolgten‘ bald die österreichische Staatsbürgerschaft erlangen, dazu ver-

half ihnen doch eine Regierung, die aus sozialistischer Solidarität sich ihrer annahm.

Zu den geflüchteten Machthabern von gestern zählte Koloman Wallisch, für den sich besonders das ungarische Gericht interessierte. Gerade am 15. Juli 1927 beziehungsweise am 12. Februar 1934 spielte Koloman Wallisch eine besondere Rolle. Mit den Vorgängen und Gesetzesverletzungen 1927 befaßte sich der steirische Landtag, im Februar 1934 hatte das Standgericht das Urteil zu fällen.“

Genosse Koloman Wallisch, der im Kampf gegen den Faschismus sein Leben opferte, der sich auch angesichts des Galgens mutig zur sozialistischen Gesinnung bekannte, gehört zu den großen, unsterblichen Märtyrern der österreichischen Arbeiterbewegung. Auch aufrechte Gegner aus dem christlichen Lager haben dem persönlichen Mut dieses Freiheitskämpfers ihre Anerkennung nicht versagt.

Aber Dipl.-Volkswirt DDDr. Franz Wolf, der die zitierten Sätze namentlich gezeichnet hat, kann noch heute, vierzig Jahre nach den Hinrichtungen der Februarkämpfer, seinen Haß gegen jene nicht verbergen, die damals die Demokratie gegen eine Regierung des Verfassungsbruches verteidigt haben. Er bedient sich noch immer des austrofaschistischen Jargons der Diffamierung!

Es ist zu hoffen, daß auch die christlichen Demokraten und Antifaschisten, von denen viele in den Nazikonzentrationslagern erkannt haben, daß 1938 die Arbeiterbewegung der verläßlichste Bundesgenosse im Kampf gegen die braune Barbarei gewesen wäre, diese Provokation energisch zurückweisen werden.

Aus der Opferfürsorge

Versorgungsleistungen und Einkommensgrenzen*
ab 1. Jänner 1975

A. OPFER

Renten MdE**)	Opferrente § 11 Abs. 2	Zulage § 11 Abs. 11
30 Prozent	255.—	—
40 Prozent	382.—	—
50 Prozent	637.—	1091.—
60 Prozent	849.—	1091.—
70 Prozent	1167.—	1091.—
80 Prozent	1379.—	1091.—
90/100 Prozent	2122.—	1091.—

Pflegezulage (§ 18 KOVG)

Stufe I	2.667.—
Stufe II	4.301.—
Stufe III	5.735.—
Stufe IV	7.171.—
Stufe V	8.602.—
Stufe V (erhöht)	11.469.—

Schwerstbeschädigtenzulagen (§ 11 a Abs. 4 KOVG)

lit. a	112.—
lit. b	257.—
lit. c	440.—
lit. d	659.—
lit. e	917.—

Kleider- und Wäschepauschale

Stufe 1	58.—
Stufe 2	90.—
Stufe 3	119.—

*) Alle Beträge in Schilling.

***) MdE = Minderung der Erwerbsfähigkeit.

Unterhaltsrente

Opfer	3332.—
Opfer, die für eine Ehefrau (Lebensgefährtin) zu sorgen haben	4179.—
Alterszulage	87.—
Erziehungsbeitrag	150.—
Führungszulage	495.—
Hilflosenzulage	925.—

Meßbeträge

Anspruchsberechtigte Opfer	3332.—
Anspruchsberechtigte Opfer, die für eine Ehefrau (Lebensgefährtin) zu sorgen haben	4179.—

B. HINTERBLIEBENE

Witwen, Waisen, Elternteile	615.—
Elternpaare	1105.—
Doppelwaisen	763.—

Unterhaltsrenten

Witwen, Waisen, Eltern	2744.—
Witwen-, Waisenbeihilfe	2744.—
Hilflosenzulage	925.—

Meßbeträge

Witwen, Waisen, Eltern	2744.—
Witwen-, Waisenbeihilfe	3154.—

C. DIÄTZUSCHUSS

wegen Zuckerkrankheit	132.—
bei einer MdE von 50 oder 60 Prozent	266.—
bei einer MdE ab 70 Prozent	398.—

D. STERBEGELD

Volles Sterbegeld (Höchstmaß)	4950.—
anrechenbarer Höchstbetrag	1980.—

Im Namen des Deutschen Volkes!

In der Strafsache gegen

Josef Sulzberger, Lokomotivführer der DRB, i. R.,
geboren am 23. Jänner 1883 in Salzburg-Itzling,
DRA, rk., verh., in Salzburg, Weiserstraße 24/II,
wohnhaft gewesen,

wegen Verbrechens gegen §§ 80, 83, Abs. 2 und 3
Ziffer 1, RSTGB.,

hat der 7. Senat des Oberlandesgerichtes Wien in
der Sitzung vom 18. Jänner 1944, an welcher teil-
genommen haben

als Richter:

Oberlandesgerichtsrat Dr. Kunze, Vorsitzender,
Landgerichtsdirektor Dr. Seibert,

Landgerichtsrat Dr. Ott,

als Beamter der Staatsanwaltschaft beim OLG
Wien:

Oberstaatsanwalt Dr. Seelig,

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle:

Justizangestellte Kaiser,

nach der in Salzburg durchgeführten Hauptver-
handlung für Recht erkannt:

Der Angeklagte Josef Sulzberger hat von dem
Bestande einer hochverräterischen Organisation
der RSÖ Kenntnis erhalten und es unterlassen,
hievon der Behörde Anzeige zu erstatten.

Er wird hiefür zu einem (1) Jahr Gefängnis ver-
urteilt.

Auf die erkannte Strafe werden dem Angeklag-
ten 3 Monate Vorhaft angerechnet.

Der Angeklagte hat die Kosten des Verfahrens
zu tragen.

Gründe:

Als es im Frühjahr 1942 gelang, im Reichsgau
Salzburg eine großangelegte Organisation der ille-
galen KPÖ aufzurollen, wurde auch der Bestand
einer Organisation der „Revolutionären Sozialisten
Österreichs“ (RSÖ) aufgedeckt.

Diese illegale marxistische Bewegung hatte sich
nach der Niederwerfung des Februarputsches und
dem Verbot der SPÖ im Jahre 1934 zunächst unter
der Bezeichnung „Vereinigte sozialistische Partei
Österreichs“ gebildet, welche später in RSÖ ab-
geändert wurde. Es waren vor allem die zur Fort-
führung des politischen Machtkampfes entschlos-
senen linksradikalen Anhänger der Sozialdemo-
kratie, welche sich in dieser neuen marxistischen
Organisation zusammenfanden. Ihre wichtigsten
politischen Zielsetzungen waren die Errichtung
einer demokratischen Republik, die Wiedergewin-
nung der Organisationsfreiheit der Arbeiterschaft
zur Schaffung einer Einheitsorganisation des Prole-
tariats und der Kampf gegen den Faschismus. Nach

dem Anschluß Österreichs an das Reich wurde nach
einem vorübergehenden Stillstand der illegalen
Tätigkeit der Neuaufbau den geänderten Verhält-
nissen angepaßt, indem die Errichtung beziehungs-
weise Fortführung einer Massenorganisation ab-
gelehnt und nur eine sogenannte Kaderorganisation
gebildet wurde. Das Haupt dieser Organisation war
der schon in der Systemzeit an der Spitze gestan-
dene Hauptschullehrer Dr. Otto Johann Haas in
Wien, der nach dem Umbruch im Jahre 1938 eine
Neuorganisation in den Alpen- und Donaureichs-
gauen in die Wege leitete und in verschiedenen
Stützpunkten, wie Augsburg, München, Innsbruck,
Wörgl und Salzburg, die Organisation wieder auf-
zubauen begann.

Auch im Reichsgau Salzburg bestand schon
während der Systemzeit eine Organisation der RSÖ,
welche nach der durch den Umbruch ausgelösten
Stilllegung im Jahre 1939 wieder zu neuer Tätigkeit
entstand. An diesem Neuaufbau der revolutionär-
sozialistischen Organisation, welche vorwiegend
Angehörige der Reichsbahn und der Salzburger
Eisenbahn- und Tramwaygesellschaft umfassen
sollte, welche als ehemalige Marxisten hinreichend
verlässlich galten, waren in führender Stellung
unter anderen die Reichsbahnbediensteten Engel-
bert Weiss und Alfred Reska beteiligt. Es wurden
Mitglieder geworben und Beiträge eingehoben,
welche zum Teil für die Unterstützung von An-
gehörigen politischer Häftlinge und von notleiden-
den Parteigängern verwendet wurden. Ferner
wurde die Verbindung mit dem Zentralkomitee der
RSÖ in Wien, aber auch mit der KPÖ in Salzburg
hergestellt. Als Verbindungsmann der Salzburger
Gruppen zu Dr. Haas in Wien war zunächst Alfred
Reska tätig, der auch wiederholt an Treffs in Wien
teilnahm. Später wurde der Reichsbahnpensionist
Konrad Lorenz als Verbindungsmann bestimmt, der
ebenfalls öfters mit den Spitzenfunktionären
Dr. Haas und Rudolf Polak zusammenkam und
Schulungsmaterial an die Salzburger Gruppe
weiterleitete.

Der geschilderte Sachverhalt ist gerichts-
bekannt. Der Gerichtshof hat dieses Wissen aus den
Strafverfahren geschöpft, welche gegen Partei-
gänger der RSÖ und der KPÖ im Gau Salzburg
bereits durchgeführt worden sind, wobei insbeson-
ders auf die Strafsachen gegen Johann Dornstauder
und anderen wegen Vorbereitung zum Hochverrat,
7 OJs 411/42 und gegen Dr. Johann Otto Haas unter
anderem 7 J 366/43 hingewiesen wird.

Im Kampf zwischen Fortschritt und Reaktion gibt es keine Neutralität

Die Eifler-Runde



„Der Schutzbündler“
Eine Statuette, die die Eifler-Runde besonders verdienten Kampfgefährten bei festlichen Anlässen verliehen hat.

Das Gedenkjahr 1974 darf nicht vorbeigehen, ohne daß auch eines Kreises von Genossinnen und Genossen gedacht wird, die in den Tagen des Februar 1934 als Kommandanten und Führer des kämpfenden Republikanischen Schutzbundes in den vordersten Reihen gestanden haben — wir meinen unsere Sektion „Eifler-Runde“. Ursprünglich als eine Aktivistengruppe gegründet, die sich aus den Führern des Republikanischen Schutzbundes zusammensetzte — zum Obmann ist bereits im Jahre 1945 ein bewährter und kampferprobter Genosse gewählt worden, unser Kampfgefährte Anton Niederle*) —, gaben sich die Genossen später den Namen nach dem Stabschef des Republikanischen Schutzbundes Alexander Eifler. Seither ist die „Eifler-Runde“ in unserem Bund als eigene Sektion tätig und entfaltet nicht nur eine intensive organisatorische Tätigkeit, sondern trägt auch zur innerparteilichen Meinungsbildung einen gehörigen Anteil bei. Denn die meisten der Aktivisten von damals sind heute nicht weniger aktiv als Mitarbeiter oder Funktionäre der Partei tätig. Was nicht zuletzt auch dadurch die gebührende Anerkennung in der Partei selbst findet, daß bei den allmonatlichen Zusammenkünften Spitzenfunktionäre aus Partei und Gewerkschaftsbund Kurzreferate halten und sich trotz oft recht zahlreicher Terminverpflichtungen lebhaft an den anschließenden Diskussionen beteiligen.

Das Leben und Wirken des Genossen Alexander Eifler**), der in der Nacht vom 1. zum 2. Jänner 1945 im KZ-Lager Dachau gestorben ist, hat schon einmal Genosse Bruno Marek in seiner Festrede anlässlich der Jubiläumsfeier der „Eifler-Runde“ am 11. März 1972 anschaulich geschildert.

Eifler kam aus einer österreichischen Soldatenfamilie und wurde der Tradition des Vaterhauses entsprechend auch Soldat. Als er im Jahre 1914 an die Ostfront ging, war er gerade vier Jahre Offizier. Nachdem er von einer Verwundung genesen war, schickte man ihn an die italienische Front und dann kurz vor dem Ende des großen Mordens wieder nach dem Osten.

Wie so viele andere österreichische Berufsoffiziere stand auch Eifler nach dem großen Morden vor dem Nichts. Die Mehrzahl seiner Kollegen, politisch unerfahren wie sie waren, machten die Sozialdemokratie und die Arbeiterschaft für ihr persönliches Schicksal verantwortlich. Die Folge war, daß sie bald das Rückgrat reaktionärer paramilitärischer Vereinigungen wie der „Frontkämpfer“ und der „Heimwehren“ bildeten.

* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 7—9, November 1960, Seite 10.

** Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 3—4, März/April 1972, Seite 12 ff.

Eifler ging einen anderen Weg. Er muß sich an der Front in einer besonderen Art zu den Männern, die er zu kommandieren hatte, verhalten haben. Denn es war, wie er später selbst erzählte, einer von diesen Männern, der ihn aufforderte, der Volkswehr beizutreten. So kam er zu jenem Infanteriebataillon, das im Wiener Arsenal lag. Im Arsenal lagerten damals große Mengen Waffen aus den Beständen der österreichisch-ungarischen Armee. Der tschechoslowakische Nachbarstaat hätte gerne einen Teil dieser Bestände an sich gebracht. Um eine Verlagerung in das Ausland, aber auch um den Mißbrauch dieser Bestände im Lande selbst zu verhindern, wurden sie sorgfältig bewacht. Über die Einlagerung und die Bewachung der Waffen gab es ein Parteiabkommen zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen. Später haben die Christlichsozialen das Abkommen gebrochen, als sie sich stark genug fühlten, was zu einer sehr ernsten innenpolitischen Krise führte.

Nach dem Zusammenbruch der sozialdemokratisch-christlichsozialen Koalition in der Ersten Republik und der Umwandlung der Volkswehr in das Bundesheer war jeder Offizier, der den Sozialdemokraten nahestand, im Heeresministerium höchst unbeliebt und wurde entsprechend behandelt. Der christlichsoziale Minister, dem das Heerwesen der jungen Republik anvertraut war, sah seine Aufgabe darin, aus der Armee ein verlässliches Instrument der konservativ-reaktionären Kreise des Landes zu machen. Republikaner, Demokraten, Sozialdemokraten wurden zurück- oder wie es General Körner erging — ganz hinausgedrängt. Eifler, ein Truppenoffizier mit Fronterfahrung, wurde von der Truppe weg in die Abteilung für Zivilberufsausbildung versetzt! Da verhängnisvollerweise der Ersten Republik durch den Friedensvertrag die Aufstellung einer Armee der allgemeinen Wehrpflicht oder einer Miliz nach Schweizer Muster verwehrt und die Bildung einer Söldnerarmee aufgezwungen worden war, konnte Carl Vaugoin, ein christlichsozialer Politiker, der die Praktiken österreichisch-konservativer Personalpolitik im kleinen Finger hatte, als Heeresminister die bewaffnete Macht mit der Zeit völlig ummodeln und aus ihr eine bewaffnete reaktionäre Parteiarmee machen.

In derselben Zeit, in der die Christlichsozialen den Charakter der Armee in ihrem Sinn veränderten, wuchsen in ganz Mitteleuropa reaktionäre Banden aus dem Boden. In Italien nannten sich die Banditen, die Arbeiterversammlungen sprengten und Arbeiterheime verwüsteten, Faschisten. In Deutschland rotteten sich sofort nach dem Umsturz ehemalige Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten zu Freischärler- und Mördergruppen zusammen. Diese reaktionären Bewegungen griffen auch nach Österreich über. Hier nannten sich die paramilitärischen Verbände „Frontkämpferbund“, „Heimwehren“, „Ostara“ und ähnlich.

Aber wie immer sie sich bezeichneten, eines war ihnen und den später auftretenden Formationen der braunen Konterrevolution gemeinsam: der abgrundtiefe Haß gegen die Demokratie und die Arbeiterbewegung.

Angesichts dieser Entwicklung bildete die österreichische Sozialdemokratie ihre bewährten Ordnergruppen zum „Republikanischen Schutzbund“ um, der sich nun uniformiert bei Straßendemonstrationen und Versammlungen zeigte.

Daß der Schutzbund so auftrat, hatte seinen guten politischen Grund: Mit ihm wollte die Sozialdemokratische Partei den reaktionären Gegner davon abhalten, die Demokratie zu sprengen. Die Sozialdemokratie meinte, daß eine Politik des Warnens und des Drohens mit den äußersten Möglichkeiten genügen würde, um die Demokratie zu sichern.

So wie die Volkswehr war auch der Schutzbund ursprünglich eine Zusammenfassung von ehemaligen Frontsoldaten, die aus der Arbeiterschaft kamen. Die Führer der einzelnen Abteilungen waren ehemalige Unteroffiziere und Reserveoffiziere; Berufsoffiziere waren im Schutzbund selbstredend eine Seltenheit. Obmann der Organisation war Julius Deutsch, Sekretär Karl Heinz, der vordem Sekretär des Arbeiterrates

(Schluß auf Seite 15)

Auf einer Tagung des Internationalen Ravensbrück-Komitees im Oktober vergangenen Jahres war ein lange gehegter Wunsch der Leidensgefährtinnen aus der schweren Zeit der Gefangenschaft im KZ Ravensbrück endlich zu einem Beschluß erhoben worden: Ein „Wiedersehen in Freiheit“ in Österreich zu organisieren, ohne „Angst vor der nächsten Stunde“ und ohne Zählappell auf dem Appellplatz. Und was zuerst völlig unerfüllbar schien, ist durch die tatkräftige Hilfe vieler Institutionen und Körperschaften, vieler Österreicherinnen und Österreicher möglich geworden. Das Wiedersehen ehemaliger politischer Gefangener des Konzentrationslagers Ravensbrück fand nun am 17. November 1974 statt und endete am 30. November 1974.

Im Rahmen des umfangreichen Programms mit seinen Besuchen und Besichtigungen fand auch ein Empfang beim Wiener Bürgermeister Leopold Gratz statt, worüber noch berichtet werden wird. Doch den Höhepunkt bildete der Empfang am 28. November 1974 im Bundeskanzleramt in Wien, bei dem unser Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschräger und der Bundeskanzler, Genosse Dr. Bruno Kreisky, ergreifende Ansprachen an die Ravensbrückerrinnen richteten.

Die Lagergemeinschaft Ravensbrück hatte auch die Vertreter der drei in der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs vertretenen Organisationen zu einem Besuch in das Gewerkschaftsheim Steinhaus am Semmering eingeladen. Wir werden darüber in der nächsten Ausgabe unserer Zeitung noch ausführlich berichten.

Der Empfang im Bundeskanzleramt, zu dem auch Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschräger

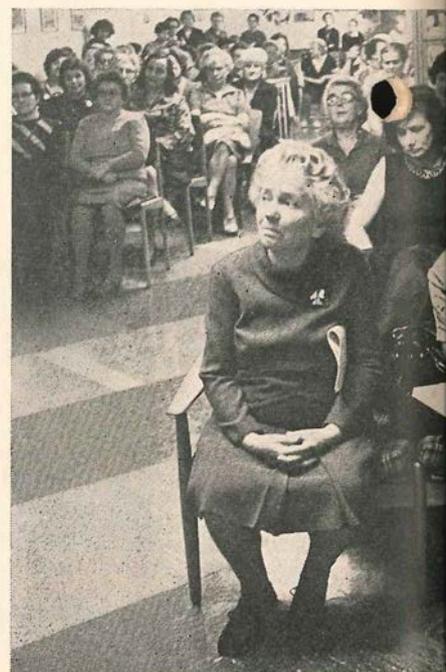
ger erschienen war — eine einmalige, große Auszeichnung, für die auch an dieser Stelle nochmals besonders gedankt wird — wurde durch eine Ansprache unserer Genossin Rosa Jochmann eingeleitet, die nach einer ergreifenden Schilderung der Zustände im KZ die einzelnen Delegationen aus 13 Ländern vorstellte. Und sie bat dann unseren Genossen Dr. Bruno Kreisky, das Wort zu ergreifen.

Die Rede des Bundeskanzlers

„Ich bin sehr froh, Gelegenheit zu haben, Sie heute hier ins Bundeskanzleramt einladen zu können. Ich freue mich auch, daß der Herr Bundespräsident sich bereit erklärt hat, Sie hier gleichfalls zu begrüßen, was ja gegen das Protokoll ist; denn eigentlich sollten wir zu ihm hinübergehen. Ich freue mich aus vielen Gründen:

Erstens, weil meine österreichischen Freunde, Ihre Lagergenossinnen, diese gute Idee hatten, Sie nach Österreich einzuladen, und ich mir gut vorstellen kann als einer, der selber einige Zeit in Gefängnissen verbracht hat, was dieses Wiedersehen unter so ganz anderen Umständen für Sie bedeuten muß — fühlen Sie sich doch miteinander verbunden durch für andere unfaßbare Erlebnisse, in einer Zeit, die bar jeder Gnade war, und wissen Sie doch mehr als andere um opferbereite Freundschaft und um leidvollsten Bekennermut zur Idee.

Zum zweiten freue ich mich, daß ich Sie hier im Bundeskanzleramt empfangen kann, weil der erste Bundeskanzler dieses Hauses, Leopold Figl, ein Mann war, der die Leiden erlitten hat, die Sie kennen, der die Hölle ungeboren verlassen und sich nach der Befreiung vom ersten Tag an für den Aufbau Österreichs



Internationales Ravensbrück-Treffen in Österreich

Der Bundespräsident und der Bundeskanzler begrüßen

zur Verfügung gestellt hat. Der dritte Bundeskanzler, Alfons Gorbach, schwer kriegsbeschädigt aus dem Ersten Weltkrieg, hat so wie Figl großen Bekennermut gezeigt. Er ist trotz schwerer Qualen ungebrochen aus dem Konzentrationslager gekommen und an die Arbeit für Österreich gegangen. Ich selber, als der fünfte Bundeskanzler, habe sozusagen im Wartesaal dieser grausamen Stätten eine Zeitlang verbracht. Und das, was Sie erlitten haben, von dem habe ich in den Gefängnissen der Gestapo nur gehört.

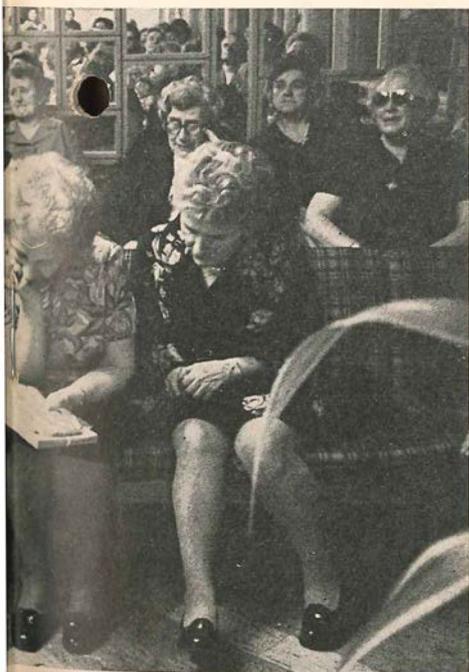
Zum dritten bin ich froh, daß Sie Ihrer Zusammenkunft nicht nur den Sinn bewährter Kameradschaft verleihen, sondern auch den der Mahnung, daß es nie wieder so kommen darf.“

Nun richtete Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Wort an die Delegationen von 13 Nationen und die anwesenden österreichischen Kameradinnen der Lagergemeinschaft Ravensbrück. Nach Worten der Begrüßung und einem kurzen Hinweis auf die Ausführungen des Bundeskanzlers, unseres Genossen Kreisky, der gemeint hatte, der heutige Empfang im Bundeskanzleramt leite eine bis jetzt nicht gekann-

te Übung in den Repräsentationsräumen dieses Hauses und seiner reichen historischen Vergangenheit ein, sagte er unter anderem:

... Wenn Sie sich in diesen Tagen zu einem großen Treffen und einem Wiedersehen in Freiheit in unserem Lande zusammengefunden haben und heute in diesem Hause weilen, so freue ich mich darüber ganz besonders. Werden es doch im kommenden Jahr 30 Jahre sein, daß unsere Republik Österreich wiedererstande ist und 20 Jahre, seit wir durch den Staatsvertrag unsere uneingeschränkte Freiheit und Souveränität wiedergewonnen haben. Die Tage vom 27. April 1975 bis zum 15. Mai 1975 werden im Zeichen der Besinnung auf diese Vergangenheit stehen und manche festliche Veranstaltungen werden abgehalten werden, mit dem die historische Bedeutung dieser beiden Gedenktage von allen Österreicherinnen und Österreichern gewürdigt werden wird.

Hier liegt auch für ganz Österreich die ganz besondere Bedeutung Ihres Zusammentreffens, für das ich auch dem österreichischen Komitee besonders danken möchte. Ihre Begegnung in Österreich zum 30. Jahrestag der Befreiung aus Ravensbrück ist die Einleitung zu den Veran-



staltungen, die wir im Hinblick auf die geschichtlich so bedeutungsvollen Tage im kommenden Jahr vorhaben. Denn wir wissen alle sehr gut, daß es ohne die Opferbereitschaft, die Sie und ungezählte andere in unserem Lande und in ganz Europa auf sich genommen haben, daß es ohne den Kampf gegen ein Regime ärgster Brutalität, die Sie am eigenen Leib verspürt haben, niemals einen 27. April 1945 und auch keinen 15. Mai 1955 für unser Land gegeben hätte!

Ich möchte aber auch eine Bitte an Sie alle richten: Denken Sie besonders an die Jugend und helfen Sie den jungen Menschen, die jene schrecklichen Zeiten nicht mehr aus eigenem Erleben kennen, zu verstehen, daß alles getan werden muß, um zu verhindern, daß jemals wieder ein Rückfall in Zeiten, wie Sie sie erleiden mußten, geschehen kann. Und zeigen Sie der Jugend, die die bitteren Jahre der Unterdrückung aller menschlichen Freiheiten und Rechte, deren sie sich dank Ihres Opfermutes heute erfreuen kann, nicht — glücklicherweise nicht — erlebt hat, wie gefährlich es ist, die demokratischen Spielregeln und damit die Demokratie zu verlieren. Wir haben erlebt, daß, wer sich am Rande des Verbrechens bewegt, schließlich doch in den Abgrund stürzt und mit sich das ganze Volk, ja alle Völker mit ins Verderben reißt. Das alles darf sich nie mehr wiederholen, Sie sind berufen, dazu mitzuhelfen.

Ich will Sie mit meinen Worten aber nicht nur in Österreich willkommen hei-

ßen, sondern ich wünsche Ihnen für Ihren Aufenthalt in unserem Lande im Namen aller Österreicherinnen und Österreicher auch das Allerbeste.“

Nach den Worten des Bundespräsidenten überreichte die polnische Staatsbürgerin Dr. Ulla Kuturba-Pietras ein selbstverfertigtes Album mit den Fotos aller Delegationen. In deutscher Sprache und mit oft von Tränen ersticker Stimme dankte sie für den herzlichen Empfang und die freundliche Aufnahme, die sie allerorts in Österreich gefunden hatte. Sie schilderte in bewegten Worten, wie sie als Kind in das KZ eingeliefert worden war und ihr Leben nur der mütterlichen Ob- sorge der weiblichen Häftlinge aus Österreich, vor allem der „Lagermutter“, unserer Genossin Rosa Jochmann, verdanke.

Im Namen der Delegation aus der DDR überreichte Frau Irma Gabel-Thälmann aus Berlin zwei Ravensbrück- Gedenkmedaillen aus Porzellan, die der Bundespräsident und der Bundeskanzler sichtlich gerührt und mit herzlichem Dank entgegennahmen.

Alle Anwesenden riefen zum Abschluß ein vielsprachiges „Danke schön — auf Wiedersehen!“, jeder in seiner Muttersprache.

Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger und Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky blieben dann noch lange Zeit im Kreise der Ravensbrücker bei angeregten Gesprächen und in einer ungezwungenen Atmosphäre.



Die Ravensbrück-Medaille
Die Gedenkmedaille zeigt das Mahnmal der
Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück.
Die Medaille ist aus Porzellan,
die Darstellung der überlebensgroßen Skulptur
ist goldfarben auf blauem Grund.

gewesen war. Als Stabschef wurde Alexander Eifler eingesetzt.

Am 31. März 1933 holte die Dollfuß-Regierung zu einem entscheidenden Schlag aus: Sie verbot den Schutzbund. Er lebte aber in der Form von „Ordnungsgruppen“ illegal weiter. Anfang Februar 1934 wurden alle Schutzbundführer, deren die Polizei habhaft werden konnte verhaftet, darunter auch Alexander Eifler. Zwei Monate nach den Februarkämpfen fand der große Schutzbundprozeß statt. Unter den 21 Angeklagten war auch Eifler. Mannhaft bekannte er sich zu seiner Tätigkeit, aufrecht nahm er das Urteil — 15 Jahre schweren Kerker — hin.

Der Austrofaschismus konnte aber dieses Urteil gegen Männer, deren ganze Schuld darin bestand, daß sie versucht hatten, die republikanische Verfassung gegen eine eidbrüchige Regierung zu schützen, nicht aufrecht halten. Die Haltung der österreichischen Sozialdemokratie, ihre Aufbauleistungen in Wien, ihre demokratische Gesinnung hatten einer Reihe von hervorragenden ausländischen Journalisten, die in Wien als Korrespondenten führender ausländischer Blätter arbeiteten, tiefen Respekt eingeflößt. Vor allem muß da der großartige Korrespondent der „New York Times“, Gedye, genannt werden. Diese Männer riefen durch ihre Berichte aus Wien in der Weltpresse Stürme der Entrüstung hervor.

Im Jahre 1935 gab die Regierung dem auf sie ausgeübten Druck nach und entließ die verurteilten Schutzbündler im Rahmen einer Weihnachtsamnestie aus der Haft, unter ihnen auch Eifler.

Eifler war aber nun vollkommen mittellos, denn man hatte ihm inzwischen die Offizierspension entzogen. Er brachte sich mühselig fort, bis ihn am 16. März 1938 die braunen Faschisten wieder einkerkerten. Er wurde zuerst ins Konzentrationslager Dachau und dann in das KZ Flossenburg verschleppt. Im Jahre 1940 überstellte man den bis auf die Knochen Abgemagerten wieder nach Dachau. Dort wurde er im Dezember 1944 in den Krankenbau gebracht, wo er in der Nacht vom 1. zum 2. Jänner 1945 starb.

Als die überlebenden ehemaligen Führer des Republikanischen Schutzbundes nach dem Ende der braunen Terrorherrschaft wieder aus den Gefängnissen und den KZ zurückkamen und in einer ihrer ersten Zusammenkünfte einen Vorsitzenden wählten, da fiel ihre Wahl auf einen der aktivsten Genossen aus ihrem Kreis — auf Anton Niederle.

Der „Toni“, der dann bis zu seinem Tod im Jahre 1960 unermüdet in dieser Funktion gewirkt hat, war in der Tat der rechte Mann an der Spitze seiner gleichgesinnten Genossen. Er war schon 1898 als jugendlicher Arbeiter zur Partei gekommen und trat am 2. Mai 1901 der Gewerkschaft der Metallarbeiter bei. Er war Drehergehilfe und wurde als Vertrauensmann wiederholt wegen seines Eintretens für die Rechte der Arbeiterschaft gemäßregelt — das bedeutete in jenen Zeiten Entlassung und Brotlosigkeit. Erst im Juni 1909, als die von unseren Genossen gegründeten Hammerbrotwerke den Betrieb aufnahmen, fand unser Toni wieder einen Arbeitsplatz; so kam er nach Schwechat. Nun begann Genosse Niederle hier seine politische Tätigkeit: Neben den verschiedensten Funktionen in der Partei, widmete er sich gemeinsam mit



vielen Genossen dem Aufbau von neuen Arbeiterorganisationen: Kinderfreunde, Arbeiter-Turnverein, Freidenker, Naturfreunde, um nur einige zu nennen. Als im Jahre 1918 die Arbeiterwehr geschaffen wurde, kam Niederle ins Arsenal, und ein Jahr später haben ihn seine Schwechater Genossen in den damaligen Reichsarbeitererrat entsendet, da er bereits Vorsitzender im Bezirks- und Ortsarbeitererrat war. Schließlich wurde der Republikanische Schutzbund gegründet — Kom-

mandant der Bezirke Schwechat, Hainburg und Bruck an der Leitha war Genosse Anton Niederle! Und er war auch „Oberschützenmeister“, als nach dem Verbot des Republikanischen Schutzbundes durch die grün-weißen Austrofaschisten der Arbeiter-Schützenverein „Steinadler“ ins Leben gerufen wurde.

Im Zusammenhang mit dem Arbeitermord in Schatendorf wurde Genosse Niederle als Kreiskommandant des Republikanischen Schutzbundes verhaftet und wegen Hochverrats im Jahre 1927 angeklagt; nach neun Monaten Haft erst wurde das Verfahren wieder eingestellt. Und wieder begann das bittere Los der Arbeitslosigkeit. Bis nach dem Februar 1934 erneut Verhaftung und Kerker folgten...

Aber schließlich könnte ja jeder der Genossen und Genossinnen, die heute die „Eifler-Runde“ bilden, über ein gleiches Schicksal berichten — von Floridsdorf, von Döbling, von Margareten. Vom Februar 1934 zurück bis zu den kämpferischen Anfängen der sozialdemokratischen Bewegung am Beginn dieses Jahrhunderts, und anschließend über die Zeiten eines beispiellos brutalen Nazi-Blutregimes, das nach dem Februar 1934 ungezählte Mitkämpfer auf dem Schafott und in den KZ-Lagern ermordete, bis es schließlich im Jahre 1945 in einem Meer von Blut verendete. Das Erbe: millionenfaches Leid, Ruinen, Trümmer und Zerstörung bei uns und überall in der Welt.

Heute, vierzig Jahre nach dem heroischen Abwehrkampf, bei dem die kämpfenden Teile der österreichischen Arbeiterschaft unterlegen sind und dreißig Jahre, seit unsere Zweite Republik wieder erstanden ist, setzt die „Eifler-Runde“ ihre politische Arbeit so wie gewohnt fort, freilich mit geistigen Waffen. Sie hat sich den Genossen Karl Wolf aus ihrer Mitte zum Obmann gewählt und trägt mit ihren Zusammenkünften und Diskussionsnachmittagen aktiv an der Meinungs- und Willensbildung in unserer Partei bei, mit dem Blick in eine sozialistische Zukunft, dem Ideal, das unsere Kämpfer in den vergangenen Jahrzehnten erfüllt hat. Und so wird unser Versprechen wahr: Wir werden sie niemals vergessen!

Anna Kethly — 85. Geburtstag

Genossin Anna Kethly, die Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Ungarns im Exil, feierte in diesen Tagen in Brüssel ihren 85. Geburtstag.

Die große Kämpferin für die Rechte der Arbeitenden in Ungarn ist mit Österreich aufs engste verbunden. Nicht nur aus den Jahren des gemeinsamen Kampfes der aufstrebenden Sozialdemokratie in den Grenzen der alten Habsburgermonarchie, sondern auch aus den Jahrzehnten nachher. Sie, die selbst unter den faschistischen Regimen zwischen den Weltkriegen und dann während des Zweiten Weltkrieges ablehnte, in die Emigration zu gehen, und illegal kämpfend in ihrem Heimatland ausharrte, mußte Ungarn nach der sowjetrussischen Intervention im Jahre 1956 verlassen. Ihr Weg in die Freiheit führte über Österreich, und oft war sie auch Gast bei großen Veranstaltungen der SPÖ und der Sozialistischen Internationale in Wien.

Die große alte Frau der ungarischen Sozialdemokratie kämpft ungebeugt weiter für Freiheit und Demokratie. Zu ihrem 85. Geburtstag haben ihr im Namen der SPÖ die Genossen Dr. Bruno Kreisky und Zentralsekretär Fritz Marsch ein herzliches Glückwunschtelegramm übermittelt, in dem es u. a. heißt: „Die Stationen Deines Lebensweges sind Marksteine in der Geschichte der ungarischen Sozialdemokratie: Über Weltkriege, Faschismus und Verfolgung zu hoffnungsvollem Neubeginn, Sturz in die neue Diktatur, fremde Intervention und Ringen um die Freiheit des Landes und seiner Arbeiter aus dem Exil. Österreichs Sozialdemokraten verbinden mit den herzlichsten Gratulationen zu Deinem 85. Geburtstag und den besten Wünschen für Dein Wohlergehen die Hoffnung, daß unsere gemeinsamen Ideale einer sozialen Demokratie, eines Sozialismus in Freiheit und Menschlichkeit auch in Deinem Heimatland siegen mögen.“

Niemals vergessen

Meta Steinitz

Obwohl sie aus einem bürgerlichen Haus kam, in dem sie eine glückliche Kindheit und eine wohlbehütete Jugend verbrachte, fand sie schon in ganz jungen Jahren zur Sozialdemokratischen Partei und wurde so wie ihr Mann, unser unvergeßlicher Dr. Heinrich Steinitz, eine eifrige Mitarbeiterin in der 13. Sektion der Bezirksorganisation Hietzing. Vor allem aber lag ihr die Betreuung der Arbeiterbücherei am Herzen, welche sie leitete. Es war eine glückliche Ehe, welche die beiden verband; dennoch mußte sie schon als junge Frau viele Sorgen auf sich nehmen. Im Jahr 1914 mußte Genosse Steinitz einrücken. Er kam bald in russische Gefangenschaft und Meta hatte die Sorge um ihre drei Kinder allein zu tragen. Als Dr. Steinitz nach Jahren der Trennung die Flucht aus der Gefangenschaft gelang und er über Schweden nach Wien gekommen war, hofften die beiden, nun ganz ihrer Familie und der Partei leben zu können. Mittlerweile wurde auch die jüngste Tochter geboren, und es war der Stolz der Eltern, daß alle vier Kinder Funktionäre bei den Roten Falken und später bei den Sozialistischen Mittelschülern wurden. Wer das Glück hatte, mit dem Ehepaar Steinitz durch Freundschaft verbunden zu sein, erinnert sich voll tiefer Dankbarkeit an die wundervollen Stunden, die er im Kreise dieser vorbildlichen Familie verbrachte. Immer waren Freunde zugegen. Nicht nur die Genossen und Genossinnen, sondern auch viele hervorragende Künstler, wie Thomas Mann, Stefan Zweig, Rudolf Brunngraber, Oskar Maria Graf, Luitpold Stern, der Maler Merkl und viele andere Größen des kulturellen Lebens verkehrten in dem gastfreundlichen Haus — und Meta Steinitz war in ihrer Bescheidenheit eine der liebenswertesten Gastgeberinnen. Doch nur wenige Jahre ungetrübt Glücks waren ihr vergönnt. Als im Jahre 1934 die Demokratie zerschlagen und unsere Partei verboten worden war, wurde Dr. Heinrich Steinitz der Hauptverteidiger im großen Schutzbundprozeß und nachher im Sozialistenprozeß, in dem er den Hauptangeklagten Karl Hans Sailer verteidigte. Schon vor dem Standgericht hatte er seinen Freund Ing. Quastler verteidigt, und wenn er voll Sorgen um die gefährdeten Genossen heimkam, war Meta in ihrer stillen Art eine verstehende Gefährtin



Doch sollte es noch ärger kommen. Gleich am 13. März 1938 holte die Gestapo unseren Genossen Steinitz und verschickte ihn ins KZ. Meta bekam von der Gestapo den Auftrag, mit ihren Kindern das Land zu verlassen. Sie versuchte die Ausreise so lange als möglich hinauszuschieben, weil sie hoffte, daß ihr Mann doch von der Gestapo entlassen werden würde. Aber schließlich mußte sie die geliebte Heimat verlassen und fand bei Freunden in der Schweiz Asyl. Auch der Sohn blieb in der Schweiz, während die beiden älteren Töchter nach Frankreich und die jüngste Tochter nach England in die Emigration gingen. Vier Jahre hatte Genossin Meta Steinitz auf die Freilassung ihres Mannes gewartet — da erreichte sie die Hiobsbotschaft, daß er im KZ umgebracht worden war...

Als sie nach dem Ende des Krieges nach Wien zurückkehrte stand sie buchstäblich vor dem Nichts. Man bot ihr eine Rente an; aber sie, die damals schon in einem Alter war, da sich viele Menschen vom Berufsleben zurückziehen, erklärte, daß sie arbeiten könne. Und so war sie einige Jahre hindurch in einer städti-

schen Bücherei tätig. Sie lebte still und zurückgezogen, hielt aber den Kontakt zu ihren Freunden und zur Partei stets aufrecht und war vor allem darauf bedacht, das hinterlassene literarische Werk ihres Mannes zu retten.

Es war Anfang September, als sie sich bei einem Sturz ein Bein brach. Sie wurde noch operiert, aber den Ärzten gelang es nicht mehr, Meta, die im 85. Lebensjahr stand, zu retten. Sie starb an den Folgen des Unfalls am 1. November 1974.

Die Trauerfeier für unsere vorbildliche, bescheidene Genossin fand am 11. November im Krematorium statt, und viele Freunde, Genossen und Genossinnen gaben ihr das letzte Geleit. Im Namen ihrer persönlichen Freunde sprach Genossin Frieda Nödl:

„Liebe Meta, ich soll im Namen Deiner persönlichen Freunde nun Abschied von Dir nehmen. Das ist sehr schwer für mich, denn viel war es, was uns in den Jahrzehnten unserer Freundschaft miteinander verbunden hat. In meiner Erinnerung tauchen die vielen glücklichen Stunden in eurem gastfreundlichen, schönen Heim in der St.-Veit-Gasse auf. Du warst neben Deinem unvergessenen Mann immer eine aufmerksame und liebenswürdige Gastgeberin. Damals lernten wir Dich ob Deiner großen Bescheidenheit lieben. Dann kam für Dich und für alle die furchtbare Zeit, da Dein geliebter Heinrich von der Gestapo geholt und Deine bis dahin so glückliche Familie zerrissen wurde. Man nahm euch euer Heim und vertrieb Dich und Deine Kinder aus der geliebten Heimat. Schweren Herzens bist Du damals ausgewandert, Du hattest ja bis zum Schluß gehofft, daß es Dir doch vergönnt sein würde, mit Heinrich zusammen ins Ausland zu gehen. Damals gesellte sich zu unserer Liebe für Dich unsere tiefe Achtung vor Deinem Schmerz, den Du mit so viel tapferer Würde trugst.

Unvergessen bleibt uns, liebe tote Freundin, das erste Zusammentreffen nach Deiner Rückkehr aus der Emigration. Wir hatten uns davor gefürchtet, Dir nach all dem Schweren, das man Dir angetan hatte, zu begegnen. Sie hatten Dein Glück zerstört, Deinen über alles geliebten Mann getötet, Deine Kinder waren in der Welt zerstreut und Du besaßt nichts, als Du in die Heimat zurückkamst. Die Nazis waren ja nicht einmal davor zurückgeschreckt, die alte Mutter Deines Mannes zu verschleppen. Aber Du sagtest uns so still und so einfach, wie es Deine Art war: ‚Wenn das Leben weitergehen und einen Sinn haben soll, darf man den Haß nicht weitertragen, sondern man muß versuchen, die Menschen wieder auf den richtigen Weg zu bringen.‘ Meta, in diesen Deinen Worten zeigte sich die ganze Größe Deines Wesens und voll Bewunderung denken und dachten wir seither immer an Dich.

Ich möchte Dir in dieser Stunde des Abschieds im Namen Deiner persönlichen Freunde danken: Du hast uns in all den Jahren unserer Freundschaft viel gegeben. Du warst eine gute Freundin und ein prachtvoller Mensch und in Deiner schlichten Größe in vielem ein Vorbild für uns alle.

Lisbeth, Annerl, Heinz und Brixl, wir können Eurer Mutter kein Denkmal aus Erz oder Stein setzen, aber ich verspreche Euch im Namen ihrer vielen Freunde, daß wir, so lange wir leben, die Erinnerung an sie, die treue Lebenskameradin Eures Vaters, die liebevolle, fürsorgliche Mutter, die sie Euch war, an ihre Güte, an ihre unverbrüchliche Treue und an ihren Opfermut in unserem Herzen bewahren werden. Wir werden sie niemals vergessen!“

Gedenkstätte für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes Wien 1, Saltorgasse 6

Besuchszeiten:

Montag: 14 bis 18 Uhr

Donnerstag: 8 bis 12 Uhr

Samstag: 9 bis 12 und 14 bis 17 Uhr

Sonntag: 9 bis 12 Uhr



Indolenz oder versteckte Absicht?

Jahr für Jahr geben der Fremdenverkehrsverband für Wien oder das Komitee „Wiener Festwochen“ Prospekte und Programme heraus, in denen sehenswerte Bauten, Denkmäler, Brunnen und Gärten aus Geschichte, Wissenschaft, Kunst und Technik aufgezählt und in Schlagworten kurz beschrieben sind.

Aber obwohl wir schon mehrmals auf einen krassen Mangel hingewiesen haben, fehlen unter anderem noch immer bei der Aufzählung der sehenswerten Denkmäler das Mahnmahl für die Opfer des Faschismus auf dem Wiener Zentralfriedhof ebenso wie die Gräber der österreichischen Bundespräsidenten! Einige andere Ehrengräber der Stadt Wien sind aufgezählt, auch der Sarkophag von Dr. Karl Lueger.

Oder nehmen wir die Tabelle her, die unter „Sammlungen“ Museen, Galerien Bibliotheken und Archive — (offizieller Titel!) — aufzählt. Hier fehlt nach wie vor die Gedenkstätte für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes in der Salztorgasse 6 — (die sogar in die Obhut der Stadt Wien übernommen worden ist) — und der zweifellos zumindest die Museums-Eigenschaft nicht abgesprochen werden kann.

Aber auch das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes im Alten Rathaus wird man in den von der Stadt Wien subventionierten Druckschriften vergeblich suchen, die für die in- und ausländischen Besucher herausgegeben werden! Dabei darf sich das Dokumentationsarchiv doch zweifelsohne mit Recht als „Archiv“ betrachten, auch wenn es irgend-einem für das Manuskript des Prospektes „Wien“

(„Vienna“, „Vienne“) verantwortlichen Beamten unbekannt geblieben sein sollte und er daher auch nicht weiß, daß die im Alten Rathaus (einem städtischen Gebäude [!], das sogar unter den sehenswerten Bauten aufgezählt wird) ausgestellten Exponate des Dokumentationsarchivs einen für in- und ausländische Besucher ganz bedeutenden historischen und musealen Wert repräsentieren.

In den Hauptstädten aller unserer Nachbarländer, aber auch in vielen anderen Orten gibt es Denkmäler und Gedenkstätten, die an die jüngste Vergangenheit erinnern und den millionenfachen Opfern bescheidenen Tribut zollen, die gebracht werden mußten, um unsere Gegenwart zu erkämpfen. Aber in unserer Stadt, in der „Weltstadt Wien“ werden diese Reminiszenzen in den Fremdenverkehrsprospekten beharrlich totgeschwiegen! Und sie werden mit keinem einzigen Wort auch nur erwähnt!

Sollten die sozialistischen Freiheitskämpfer da nicht doch einmal gehört werden? Wir wollen nicht immer auf die nächstfolgende „Neuaufgabe“ dieser zwar recht kostspieligen, aber ominösen Prospekte vertröstet werden, die dann doch wieder, genau so wie vor zwei Jahren, zu guter Letzt doch die gleichen Mängel aufweisen.

Mit „Freundschaft!“

Franz R. T. (Wien)

P. S.

Und noch eine Frage: Glaubt Ihr nicht, liebe Genossen, daß ein Prospekt, der über die Stadt Wien unterrichtet will und daher in vielen Sprachen gedruckt wird, auch ein Wort über das Denkmal auf dem Schwarzenbergplatz enthalten sollte, wenn er schon das Schwarzenberg-Denkmal und das Schwarzenberg-Palais zitiert? Als Österreicher und Bürger der „Weltstadt“ Wien hielte ich das zumindest für eine Geste weltoffener Fairneß.

d. O.

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.

Reform des Einkommensteuergesetzes

Die Einkommensteuergesetznovelle, die mit 1. Jänner 1975 in Kraft tritt, bringt den Inhabern einer Amtsbescheinigung oder eines Opferausweises Verbesserungen bei der Absetzung der Steuerfreibeträge. Die bisher geltenden Beträge wurden um 30 Prozent erhöht.

	Bisher konnten von der Steuer abgesetzt werden:	Ab 1. Jänner 1975 können von der Steuer abgesetzt werden:
jährlich (Einkommensteuer)	6552.—	8424.—
monatlich (Lohnsteuer)	546.—	702.—
wöchentlich	126.—	162.—

Inhaber einer Amtsbescheinigung oder eines Opferausweises müssen ihre Lohnsteuerkarte bei ihrer Firma (Pensionisten bei der zuständigen Pensionsversicherungsanstalt) beheben und die erhöhten Steuerfreibeträge beim zuständigen Finanzamt eintragen lassen. Bei den Finanzämtern werden zu diesem Zweck Formulare aufliegen, die auszufüllen sind und mit der Steuerkarte sowie der Amtsbescheinigung (Opferausweis) dem zuständigen Finanzamt vorzulegen sind.

Die Änderungen der bisherigen Eintragungen müssen auch bei Dauersteuerkarten beantragt werden, da sie nicht von Amts wegen vorgenommen werden können.

Auch die Steuerfreibeträge für jene Inhaber einer Amtsbescheinigung, die auf Grund einer MdE eine Opferrente beziehen, werden um 30 Prozent ange-

hoben. Die Freibeträge betragen bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit:

Prozent	bisher		ab 1. Jänner 1975	
	monatlich	jährlich	monatlich	jährlich
25 bis 35	50.—	600.—	65.—	780.—
35 bis 45	67.—	800.—	87.—	1040.—
45 bis 55	167.—	2000.—	217.—	2600.—
55 bis 65	200.—	2400.—	260.—	3120.—
65 bis 75	250.—	3000.—	325.—	3900.—
75 bis 85	300.—	3600.—	390.—	4680.—
85 bis 95	350.—	4200.—	445.—	5400.—
95 bis 100	500.—	6000.—	650.—	7800.—

Bezieher von Pflege- und Blindenzulage konnten bis jetzt monatlich S 834.—, jährlich S 10.000.— von der Steuer absetzen.

Die Absetzbeträge für diesen Personenkreis werden ebenfalls erhöht, und zwar monatlich auf S 1083.—, jährlich auf S 13.000.—

Wir machen noch aufmerksam, daß Inhaber einer Amtsbescheinigung, die eine Opferrente auf Grund ihrer in der Haft geschädigten Gesundheit beziehen, den Bescheid der zuständigen Landesregierung vorlegen müssen, aus dem das Ausmaß der Minderung der Erwerbsfähigkeit hervorgeht. Daher bei der Antragstellung auf Eintragung der neuen Steuerfreibeträge den Bescheid nicht vergessen.

Man schreibt uns!

Wir antworten!

Menschenrechte im Bundesheer sichern

Liebe Genossinnen und Genossen!

Unser alter Wahlspruch „Niemals vergessen!“ muß leider in diesen Tagen in neuem Sinne abgewandelt und bekräftigt werden. Die Morde an jungen Mitmenschen in unserem Bundesheer, die teilweise fast Erinnerungen an die Methoden der SS anklängen lassen, dürfen wir keineswegs ohne Gegenklage hinnehmen. Um so bedauerlicher erscheint es mir, wenn ein Verteidigungsminister, der von unserer Partei vorgeschlagen wurde, nicht viel anderes dazu zu sagen weiß als: „Übergriffe sind leider nicht zu verhindern.“

Ich glaube, dies ist die Bankrotterklärung eines verantwortlichen Ministers. Wenn Morde nicht verhindert

werden können, dann hat das Bundesheer in seiner jetzigen Form seine Existenzberechtigung verloren. Dann sollten wir lieber für ein Berufsheer sein und dafür eintreten, daß unsere Söhne und Enkelkinder vom „Barras österreichischer Prägung“ in Hinkunft verschont werden.

In diesem Sinne sollten wir als mahnendes Gewissen der Partei auf schnellste Abhilfe drängen und für eine gründliche Reform der Ausbildungsmethoden oder noch besser für eine Abschaffung der Wehrpflicht eintreten, selbst auf die Gefahr hin, daß diese Anschauungen nicht bei allen Angehörigen unserer Partei und vielleicht auch bei unserem Parteiohmann selbst nicht auf Gegenliebe stoßen.

Wenn wir aber unsere Prinzipien und Ideale, für die wir einst kämpften, aufgeben, dann geben wir uns selbst auf.

Ein faschistoides Bundesheer hat keinen Platz in einem demokratischen Österreich — dies müssen wir klar feststellen.

Allerdings müssen wir auch klar feststellen, daß die Kommunisten am wenigsten berechtigt sind, für solche Forderungen einzutreten, da sämtliche kommunistischen Staaten militaristisch ausgerichtet sind. Wenn wir diese klare Trennlinie ziehen, dann wird uns niemand unsere Bestrebungen zum Vorwurf machen können. Mit freundlichen Grüßen
J. L. (Wien)

Der Bundesvorstand hat bereits am 23. August 1974 einen Brief an Verteidigungsminister Lütgendorf gerichtet, in dem es unter anderem heißt:

„Wir sozialistischen Freiheitskämpfer haben für ein freies, demokratisches Österreich gekämpft. Viele von unseren Genossen haben für dieses Ideal ihr Leben geopfert. Wir fühlen uns daher verpflichtet, gegen jede Art von Unmenschlichkeit, wo immer sie sich auch zeigen möge, mit Entschiedenheit aufzutreten. Wir erwarten von der österreichischen Bundesregierung, daß alles veranlaßt wird, um die grundlegenden Menschenrechte im Bundesheer in Zukunft zu gewährleisten. Der Dienst für unsere Heimat muß von Präsenzdienern verstanden werden und zumutbar sein.“

Den Eltern von Kurt Wandl wendet sich unsere ganze Teilnahme zu.

Das Schreiben verließ der Bestürzung darüber Ausdruck, daß auch heute noch im österreichischen Bundesheer Ausbildungsmethoden praktiziert werden, die an die dunkelsten Zeiten des Faschismus erinnern.

Minister Lütgendorf hat inzwischen geantwortet und uns den nebenstehenden Brief geschickt.

*

Kann ich vor Erreichung des Dienstalters in Pension gehen?

Auf Grund meiner politischen Verfolgung wurde mir die Amtsbescheinigung zuerkannt. Ich bin Beamter des öffentlichen Dienstes und habe bereits meine Dienstzeit vollendet.

Kann ich als politisch Verfolgter in Pension gehen, obwohl ich das Pensionsalter noch nicht erreicht habe?

Nach dem Gehaltsüberleitungsgesetz 1946 kann ein Beamter des öffentlichen Dienstes unter folgenden Voraussetzungen schon vor Erreichung des Dienstalters in den dauernden Ruhestand versetzt werden:

1. Wenn er in den Jahren 1938 bis 1945 wegen seiner politischen Gesinnung oder wegen angeblicher oder tatsächlicher Betätigung gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft in Haft war;
2. wenn er seine Dienstzeit vollendet hat;
3. wenn er um die Versetzung in den dauernden Ruhestand ansucht.

Erfüllt also ein Beamter des öffentlichen Dienstes die angeführten Voraussetzungen, dann kann er bei seiner Dienststelle um Versetzung in den dauernden Ruhestand ansuchen.

DER BUNDESMINISTER
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

ZL 20.034

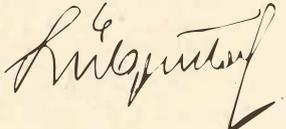
Wien, den 10. September 1974

Sehr geehrte Herren!

Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 23. August d.J., in welchem Sie auf das traurige Vorkommnis betreffend des Grundwehrdieners Kurt WANDL eingehen, darf ich Ihnen mitteilen, daß seitens des Bundesheeres weitgehende Vorkehrungen getroffen werden, um Ausbildungsmethoden, die, wie Sie es sagen, "an die dunkelsten Zeiten des Faschismus erinnern", auszumerzen.

Der gegenständliche Fall mag den Anschein solcher Methoden erweckt haben, ist aber tatsächlich auf eine Verkettung unglücklicher Umstände zurückzuführen. Ich habe dies unverzüglich zum Anlaß genommen, neue Wege zur Verbesserung des Ausbildungssystems und zur Hintanhaltung solcher Vorkommnisse erarbeiten zu lassen, so daß sich Ähnliches nach menschlichem Ermessen in Zukunft nicht mehr wird ereignen können.

Mit besten Grüßen



An den
Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer
und Opfer des Faschismus

Löwelstraße 18
1010 W I E N



Unterstützungsansuchen

Ist der Inhaber einer Amtsbescheinigung oder eines Opferausweises durch größere Anschaffungen, die er von seinem Einkommen nicht vornehmen kann, oder durch Krankheit in eine Notlage geraten, dann kann er um eine einmalige Unterstützung im Sozialministerium — Opferfürsorge, 1010 Wien, Stubenring 1, ansuchen.

Die außerordentlichen Ausgaben sind in dem Ansuchen kurz anzuführen; eine Einkommensbestätigung (Pensionisten legen den letzten Pensionsabschnitt bei) ist beizulegen.

Bei Spitalsaufenthalt in der Dauer von 21 Tagen ist die Bestätigung über die stationäre Behandlung im Krankenhaus ebenfalls vorzulegen; selbstverständlich auch hier die Einkommensbestätigung.

Fehlen nämlich die Unterlagen, dann muß das Sozialministerium über die zuständigen Landesregierungen Erhebungen einleiten, was in der Regel längere Zeit in Anspruch nimmt und daher die Erledigung der Ansuchen wesentlich verzögert.

*

Darlehensansuchen

Darlehen werden über Ansuchen bis zu dem Betrag von S 40.000.— gewährt. Sucht nun ein Anspruchsberechtigter um ein Darlehen an, etwa für die Erwerbung einer Wohnung oder eines Hausbaues oder hat er sonstige große Auslagen, dann sind Kostenvoranschläge oder Rechnungen vorzulegen. Notwendig ist weiters die Einkommensbestätigung und die Namhaftmachung von zwei Bürgen, von denen ebenfalls die Einkommensbestätigungen und die Bürgschaftserklärungen vorliegen müssen. Je vollständiger die Unterlagen sind, desto rascher kann ein derartiges Ansuchen bearbeitet und erledigt werden. Der Referent, dem die Bearbeitung eines Falles übertragen wird, gibt dem Darlehenswerber gerne jede gewünschte Auskunft — er macht auch auf die Möglichkeit aufmerksam, eine Versicherung abzuschließen. Darlehen unter S 10.000.— werden ohne Beistellung von Bürgen vergeben. Allerdings müssen auch in diesen Fällen die notwendigen Unterlagen vorgelegt werden.

WIR BITTEN
um Nachricht

Österreicher in Auschwitz

Wir bitten nochmals *) um die Bekanntgabe bisher unbekannt gebliebener Tatsachen oder noch nicht verwerteter Berichte und Erlebnisse aus dem KZ Auschwitz zum Thema „Österreicher in Auschwitz“.

Denn trotz der Publikationen, die es bereits über Auschwitz gibt, von Frankl, Kautsky, Langbein, Lingers, Wolken und anderen ehemaligen Häftlingen, und trotz der umfangreichen Akten aus den Kriegsverbrecherprozessen und der Dokumentensammlung des Staatlichen Museums in Auschwitz wird es noch man-

* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 7/8, Juli/August 1974, Seite 18.

che Erlebnisse, Tatsachen und schreckliche Episoden gegeben haben, die mit Österreichern im Zusammenhang stehen. Wir erinnern dabei an das tragische Ende unseres Genossen Robert Danneberg, das bis heute noch nicht völlig geklärt werden konnte.

In welcher Weise die Berichte, um die wir euch bitten, dann verwertet werden sollen, steht derzeit noch nicht fest. Jedenfalls aber wird das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes in der Broschüren-Reihe „Monographien zur Zeitgeschichte“ eine Broschüre zu dem Thema herausgeben. Die Berichte können völlig formlos abgefaßt sein, sollten aber doch tunlichst auch Ort und Zeit der Festnahme, das Datum der Einlieferung in Auschwitz, den Block oder das Kommando enthalten. Auch ob und wie (Kontaktleute) in der Widerstandsbewegung des Lagers mitgearbeitet wurde, soll festgehalten werden.

Wir hoffen, daß wir noch einige Berichte von euch erhalten werden. Denn so können wir dazu beitragen, unser „Niemals vergessen!“ zu einer unauslöschlichen Mahnung für kommende Generationen zu machen.

Berliner Jugendliche in Mauthausen

In der Gedenkstätte Mauthausen haben im Sommer Jugendliche aus Berlin viele freiwillige Arbeitsstunden geleistet. Der Bürgermeister der Stadt Berlin, Klaus Schütz, hat aus diesem Anlaß ein Schreiben an den Bürgermeister von Mauthausen und an die Bevölkerung der Marktgemeinde gerichtet.

Die jungen Berliner Bürger, die ihre Ferien zur Arbeit in der Gedenkstätte Mauthausen nutzten, wollen ihren Beitrag zum Erhalten des friedlichen Miteinander leisten. Sie sind sich dessen bewußt, daß Krieg und Terror nicht nur durch bekundeten Willen zum Frieden verhindert werden kann. Sie wollen durch ihre aktive Hilfe in Österreich ganz praktisch an der Verständigung der Völker mitarbeiten.

Mauthausen war ein Ort des Schreckens. An das was hier geschah, reicht keine Sprache heran: Es ist weder politisch oder juristisch noch geschichtlich beschreibbar und nicht einmal literarische, theologische oder religiöse Kategorien reichen aus.

Vielleicht wäre Schweigen angemessen. Aber Schweigen ist dem Verschweigen zu nahe und Verschweigen darf niemals sein!

Es kann der Jugend unseres Landes heute schwer zugemutet werden, auf die Dauer beschämt zu sein. Sie waren noch nicht einmal geboren, als der Nationalsozialismus sein Vernichtungswerk begann. Aber auch die Jüngeren in unserem Lande können nicht aus der Geschichte austreten. Wir verstehen, wenn sie oder manche von ihnen — subjektiv unschuldig — einen Trennungsstrich ziehen wollen. Nur daß es diesen Trennungsstrich nicht gibt! Es gibt ihn so wenig wie einen Nullpunkt in der Geschichte.

Die jungen Menschen, die in der Gedenkstätte von Mauthausen arbeiten, haben das begriffen.

Dem Bürgermeister von Mauthausen, den Vertretern der österreichischen Regierung und der ganzen Bevölkerung danke ich für die Bereitschaft, diese jungen Berliner in ihre Gemeinschaft aufzunehmen. Ich glaube, daß dieser Kontakt helfen wird, Probleme zu erkennen und das Verständnis für den anderen zu erweitern. Denn nur Toleranz und enge Beziehungen zwischen den Völkern können das Zusammenleben in Frieden sichern!

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes

Neben der ursprünglichen Aufgabe, die schon in der Grundsatzklärung aus dem Jahre 1963 gestellt worden ist, nämlich „... durch dokumentarische Beweise vor allem der Erziehung der Jugend zu dienen...“ ist in letzter Zeit die Bedeutung des Dokumentationsarchivs als Stätte auch wissenschaftlicher Forschung immer stärker hervorgetreten. Denn die Bestände des Archivs werden dank intensiver und systematischer

Nachforschungen bei Behörden, Archiven aller Art, Institutionen und durch die aktive Mitarbeit von Einzelpersonen laufend vergrößert und ergänzt, so daß man heute sagen kann, daß sie eine in Österreich einzigartige zentrale Sammlung auf diesem Gebiete darstellen. Dazu kommt noch eine wichtige Tatsache, die den Wert und die ungeheure Bedeutung des Dokumentationsarchivs ganz erheblich erhöht: Es gibt zum Unterschied von manchen anderen Sammlungen und Archiven keinerlei „Archivsperrern“ oder ähnliche Einschränkungen, die die Auswertung und Verwendbarkeit der gesammelten Dokumente beschränken!

Der Zugang zu den Materialien ist auf mehrfache Weise möglich. Der gesamte Bestand an Akten ist in Katalogen erfaßt, von denen einige auch publiziert worden sind. Mehr als 2000 neuhinzugekommene Akte werden gegenwärtig erschlossen. Eine weitgehend aufgearbeitete Namenskartei mit über 40.000 Namen erfaßt alle in Akten aufscheinenden Personen. Eine sehr detaillierte Thematischkartei öffnet den Zugang auch vom Sachgebiet her.

Die Photosammlung, die gegenwärtig zirka 7500 Bilder enthält, ist gleichfalls durch eine Namenskartei, thematische Kataloge sowie durch eine geographische Kartei erschlossen.

Weitere Karteien geben Auskunft über die Bestände an Diapositiven, Filmen, Mikrofilmen, Schallplatten, Tonbändern sowie über die Austriaca in ausländischen Archiven.

Die umfangreiche Sammlung an Originalplakaten aus der Zeit vom ersten Weltkrieg bis 1945 ist durch einen Photokatalog mühelos zugänglich.

Die Bibliotheksbestände auf den Gebieten Widerstand, Verfolgung, Exil, Neonazismus und NS-Prozesse umfassen derzeit etwa 5900 Titel (Bücher, Broschüren, Zeitungen und Zeitschriften). Zur Benützung stehen eine Verfasserkartei, eine Schlagwortkartei und eine Standortkartei zur Verfügung. Daneben besteht ein umfassendes Schnittarchiv, in dem in- und ausländische Zeitungsausschnitte nach einschlägigen Gesichtspunkten aufgegliedert sind.

Zu den wertvollsten Beständen des Dokumentationsarchivs zählt die Sammlung illegaler Druck-

werke (Flugblätter, Streuzettel, Zeitschriften, Broschüren, Tarnschriften und dergleichen) aus der Zeit 1933 bis 1945, die mit einem Bestand von 5800 Titeln zweifellos die kompletteste Sammlung in Österreich darstellt. Sie ist durch eine nach politischen Gruppierungen gegliederte, alphabetische Titelkartei aufgeschlossen.

Benützung — Entlehnung — Kopierung: Sämtliche erwähnten Materialien und Hilfsmittel können im Benützerraum beziehungsweise in der Bibliothek des Dokumentationsarchivs Montag, Mittwoch und Donnerstag von 8 bis 17 Uhr benützt werden, wobei alle Mitarbeiter jederzeit zur wissenschaftlichen Beratung zur Verfügung stehen.

Eine Entlehnung von Akten ist allerdings nicht möglich, doch ermöglicht es ein Xeroxapparat, Kopien rasch anzufertigen. Darüber hinaus besteht für auswärtige Interessenten die Möglichkeit, mit Hilfe der publizierten Kataloge beziehungsweise über schriftliche Anfragen an den Sekretär Kopien von gewünschten Materialien auf dem Postweg zu erhalten.

Dias, Filme, Tonbänder und Plakate für Vorfüh- und Ausstellungszwecke können von Institutionen entlehnt werden.

Das Jahr 1934 in der österreichischen Geschichte

Im Österreichischen Staatsarchiv — dem früheren Haus-, Hof- und Staatsarchiv — am Minoritenplatz in Wien ist seit 10. September 1974 eine Sonderschau „Das Jahr 1934 in der österreichischen Geschichte“ zu sehen, in der wichtige und wertvolle Dokumente aus der Zeit des grün-weißen Austrofaschismus ausgestellt sind.

Diese Ausstellung, die vom Bundeskanzler eröffnet worden ist, bleibt bis März 1975 geöffnet und ist frei zugänglich. Besuchszeiten Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 9 bis 18 Uhr, am Mittwoch von 9 bis 20 Uhr und am Sonntag von 9 bis 13 Uhr.

Allen Genossinnen und Genossen wird dringend empfohlen, diese einmalige Ausstellung von Dokumenten über den Februar 1934 zu besuchen.

Zum 10. November 1938

Die braune Pest zog schwärend durch das Land.
Der Himmel war seit Monden schicksalsgrau.
Die Menschenwürde lag im Staub zerstampft
Und Judenhaß zerfraß der Menschen Herz.

Habgier, Verleumdung, Raub und Mord
Stürzten wie Geier auf die Fieberstadt.
Gejagte irrten todesangstumdroht ins Nichts,
SS-Schakale schlepten Menschenfracht.

Das Teufelsjoch stand so acht Monde lang,
Ansteigend immer in verbohrtter Wut.
Dann kam der Tag, der Gott ins Antlitz schlug:
Die Tempel brannten ...

Doch die Erde schwieg.

Auch in Frankreich . . . ?

Die Zeitschrift „Patriot Résistant“, das Presseorgan einer Organisation ehemaliger Mitglieder der Widerstandsbewegung, veröffentlichte einen „Operation Reinwaschung“ betitelten Artikel, in dem unter anderem zu lesen ist:

„Die Verbrecher von gestern wenden alle Mittel an und sie versuchen, sich vor den Augen der Öffentlichkeit reinzuwaschen. Oft mit der (unfreiwilligen?) Hilfe gewisser Zeitungen und selbst des Fernsehens.

Ehemalige SS-Männer publizieren ihre Memoiren und es gibt zahllose Bücher zur Rechtfertigung der Politik Pétains. Eine Schallplattenfirma bietet die Reden der Führer von Vichy an, während in Büchern versucht wird, die Widerstandsbewegung zu verunglimpfen.

Die Kampagnen zur Rehabilitierung des Nazismus, der Kollaboration, der Lieferanten von Erschießungspelotons und der Kremationsöfen sind in vollem Gang.“

„Patriot Résistant“ fordert zum entschiedenen Widerstand gegen diese Handlungen auf. Und wie man sieht, spielen sich die Verbrecher von gestern und ihre Nachfahren von heute nach den gleichen Methoden auf. Nicht nur bei uns, sondern auch anderswo.

Wachsamkeit und Widerstand sind eben unteilbar, so wie die Demokratie und die Freiheit!

Wald der Opfer des Jom-Kippur-Krieges

Am 6. Oktober 1974 jährte sich zum erstenmal der Tag des Ausbruches einer der blutigsten und opferreichsten kriegerischen Auseinandersetzungen in der jungen Geschichte Israels, die unter dem Namen Jom-Kippur-Krieg unvergessen bleiben wird. Jom Kippur (es ist ein biblischer Name) ist der kürzeste jüdische Feiertag, der nur 24 Stunden dauert; aber es ist der wichtigste Festtag, der in der Thora verankert ist. Und an diesem Tag eröffneten ägyptische Panzer und Raketen den Krieg am Suezkanal von neuem.

Der Moloch Krieg forderte seine Opfer. Ihnen allen soll nun in Israel ein bleibendes Denkmal gesetzt werden. Aber kein Monument aus Stein oder Bronze, sondern ein lebendiger Wald, der Wald der Opfer des Jom-Kippur-Krieges.

Spender von Bäumen (für eine Spende von 50 S wird ein Baum gepflanzt) erhalten besondere Urkunden, und es wird erwartet, daß so wie bei früheren Gedenk-Waldungen Spenden aus aller Welt eintreffen werden.

Öffnung des Staatsarchivs

Gemäß der Neuregelung zur Benützung der Bestände des Österreichischen Staatsarchivs wurde — unbeschadet der weiterhin zu beobachtenden begründeten Interessen einzelner Staatsbürger oder der staatlichen Gemeinschaft an der Geheimhaltung des Inhaltes mancher Akten der Verwaltung — eine weitgehende Öffnung der Archive des Bundes (Österreichisches Staatsarchiv) verfügt.

Alle Bestände des Österreichischen Staatsarchivs, die vor dem 1. Jänner 1939 entstanden sind, werden zur allgemeinen Benützung freigegeben. Außerdem wird den Vertretern der Wissenschaft die Möglichkeit geboten, in alle im Österreichischen Staatsarchiv befindlichen Akten Einsicht zu nehmen, die älter als 20 Jahre sind.

Aus dem Bundesvorstand

Aussprache mit Genossin Allende

Der Präsident der Sozialistischen Internationale, Genosse Dr. Bruno Pittermann, veranstaltete am 19. September eine Aussprache sozialistischer Funktionäre mit der Witwe des ermordeten chilenischen Präsidenten, Genossin Hortensia Bussi de Allende.

Vom Bundesvorstand der sozialistischen Freiheitskämpfer nahmen an dieser Aussprache, die im Klub der sozialistischen Abgeordneten im Parlament stattfand, die Genossinnen Rosa Jochmann und Rudolfine Muhr sowie Genosse Josef Hindels teil.

Genossin Allende gab einen ausführlichen, auf authentisches Tatsachenmaterial gestützten Bericht

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen und Genossinnen mitgearbeitet:

Gusti Epstein, Herbert Exenberger, Julius Freund, Karl Gruber, Josef Hindels, Hilde Marx, Rudolfine Muhr, Maria Niederle, Frieda Nödl, Rudolf Trimmel.



Am 3. November 1974 legten wir auf der Ennsleiten einen Kranz zum Gedenken an den Februarkampf 1934 in Steyr nieder.

über den faschistischen Staatsstreich in Chile und den sich formierenden Widerstand des chilenischen Volkes. Sie betonte besonders die Rolle des USA-Imperialismus beim Kampf gegen die rechtmäßige Regierung und bei der Vorbereitung des Putsches.

In der anschließenden Diskussion wurde von unserer Seite unterstrichen, daß sich der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus besonders eng mit dem chilenischen Volk und seiner Arbeiterklasse verbunden fühlt. Trotz aller historischen und geographischen Unterschiede zwischen Chile und Österreich gibt es, was die Unterdrückung, den Terror, den Widerstand betrifft, viel Gemeinsames: Wer, so wie die sozialistischen Freiheitskämpfer, zwei faschistische Diktaturen erlebt hat, weiß, was Faschismus bedeutet!

Die Aussprache mit Genossin Allende, an der auch Genosse Bruno Kreisky, der Zentralsekretär Genosse Marsch sowie Vertreter der Frauen und Jugendorganisationen und der Chile-Solidaritätsfront teilnahmen, war für alle ein aufwühlendes Erlebnis.

*

Kranzniederlegung zum 12. November

Eine Delegation des Bundesparteivorstandes der SPÖ unter Führung von Genossin Dr. Hertha Firnberg und Genossen Leopold Gratz legte am Dienstag, dem 12. November 1974, beim Republikdenkmal an der Wiener Ringstraße einen Kranz nieder.

Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, welche für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ bestimmt sind, solche Manuskripte mit einer Zeile Zwischenraum (zweiseitig) abzufassen und den Bogen Papier immer nur einseitig zu beschreiben.

Aus dem Wiener Landesverband

1. November 1974 — Schweigemarsch

Am Freitag, dem 1. November 1974, fand wie alljährlich zum Gedenken an alle unsere Opfer der Schweigemarsch zum Mahnmal im Wiener Zentralfriedhof statt. Hunderte von Genossinnen und Genossen hatten sich um 8.45 Uhr vor dem 2. Tor des Zentralfriedhofs eingefunden und der Abmarsch begann pünktlich um 9 Uhr. An der Spitze des Zuges die Sozialistische Jugend mit flatternden roten Fahnen, dann viele Funktionäre und Mandatäre unserer Partei, allen voran unsere Genossen Leopold Gratz und Otto Probst mit unserem Bundesvorstand.

Nach der Schweigeminute beim Mahnmal und der Kranzniederlegung begaben wir uns noch zur letzten Ruhestätte von Viktor Adler, Otto Bauer und ihren Zeitgenossen.

Die Bezirke berichten:

Margareten

Ein Brief an die AZ. Am 4. September 1974 haben die Genossen der Bezirksgruppe beschlossen, einen Brief an die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ zu senden, in dem es unter anderem heißt:

In der heutigen Leitungssitzung unserer Bezirksgruppe wurde einhellig beschlossen, dem Schreiber des „kommentar“ in der AZ vom 18. August 1974, Redakteur Günter Traxler, den Dank für seine eindeutigen und trotzdem nicht verallgemeinernden Zeilen auszusprechen.

Wir unterstreichen jeden Satz seiner Ausführungen, wollen aber noch zusätzlich unsere Empörung zum Ausdruck bringen über die angebliche Äußerung des zuständigen Kommandanten des 11. Panzerbataillons in Mautern, der den demokratischen Unsinn der Wahl von Soldatenvertretern nicht einseh!!! (Siehe AZ vom 21. August 1974: „Soldatenvertreter hatte nichts zu reden.“)

Da viele unserer Mitglieder eine große Zahl männlicher Enkel- und Großkelkinder haben, diesen noch die Einberufung zum Präsenzdienst beim Bundesheer bevorsteht und wir ihnen ein „sinnloses Sterben“ ersparen wollen, erwarten wir die Verwirklichung der Worte des zuständigen Ministers, gegebenenfalls bis zum äußersten Mittel durchgreifen zu wollen!

Diesen Beschluß wollen wir auch allen Genossinnen und Genossen in unserem ganzen Bund zur Kenntnis bringen.

*

Franz Tomandl †. Und wieder beklagt unsere Bezirksgruppe den Verlust eines wertvollen Menschen und Genossen: Am 7. August 1974 verabschiedeten wir uns von unserem jahrzehntelangen Leitungsmitglied Genossen Franz Tomandl. Er war Träger des Goldenen Parteiabzeichens, der Viktor-Adler-Plakette und der Ehrenzeichen für über 60jährige Mitgliedschaft bei Partei und Gewerkschaft. Vor einer großen Trauergemeinde und in Anwesenheit vieler ehemaliger Berufskollegen des überall beliebt gewesen, stets opferbereiten und aufrechten Bekenners zur sozialistischen Idee, dankte Bezirksgruppenobmann Genosse Franz Heigelmayr dem Dahingegangenen für seine unwandelbare Treue.

*

Viktor Benda †. Am 26. August 1974, bei der Urnenbeisetzung unseres von uns gegangenen Mitgliedes und so erfolgreichen Werbers für unseren Bund, Genossen Viktor Benda, dankte Genosse Franz Heigelmayr dem treuen Genossen, der schwere und schwerste Opfer für seine antifaschistische Gesinnung gebracht hatte. Genosse Benda, langjähriges Partei-

mitglied vor 1934 und aktiver Februarkämpfer, war schon vor dem Februar 1934 wiederholt in Haft. Er wurde in der Zeit des Klerikofaschismus oft verfolgt und eingesperrt, als aggressiver Gegner des Nazifaschismus wurde er gleich im März 1938 mit dem ersten Transport nach Dachau verschickt und war jahrelang in KZ-Haft.

Genosse Benda, der von den SS-Stiefeln buchstäblich halbtot getreten wurde, war die erste Zeit nach der Befreiung als Bezirkspolizeichef wiederholt bemüht, Antifaschisten gegen Übergriffe der russischen Besatzung in Schutz zu nehmen und er wurde erst 1965 wieder Mitglied der SPÖ, der er so viele Jahrzehnte angehört hatte.

Wir wollen die Genossen Franz Tomandl und Viktor Benda „Niemals vergessen!“

Ottakring

Alfred Schwarz †. Die Bezirksgruppe Ottakring hat einen schweren Verlust erlitten: Unser Genosse Alfred Schwarz weilte nicht mehr in unserer Mitte. Auf seinem letzten Weg zeigte die Teilnahme so vieler Gesinnungsfreunde, was wir verloren haben.

Genosse Schwarz war 71 Jahre alt geworden und hatte ein Leben, erfüllt von sozialistischer Arbeit und Ideen. Sein Elternhaus war schon vom Gedanken der Freiheit erfüllt. Er erlernte den Beruf eines Dentisten und war bei der WGKK der sozialistische Vertrauensmann seiner Kollegen. In jungen Jahren bei der SAJ und als Arbeiterturner wurde er im Ständestaat seiner Gesinnung wegen außer Dienst gestellt und zählte in der Nacht des NS-Faschismus zu den rassistisch Verfolgten.

Im Mai 1945 war er einer der Ersten, die am Aufbau der Sektion 13 am Spiegelgrund mitarbeiteten, und er blieb ein treuer Mitarbeiter bis zu seinem Tode. Er zögerte auch nicht, seine beruflichen Kenntnisse sofort wieder in den Dienst seiner Mitmenschen zu stellen, und er war lange Jahre im Zahnambulatorium Myrthengasse tätig.

Sein Leben war das Leben eines Sozialisten lauterster Gesinnung. Wir werden ihn „Niemals vergessen!“

Döbling

Feierstunde. Anlässlich der Feier „45 Jahre Karl-Marx-Hof“ versammelten sich am Samstag, dem 7. September 1974, vor der Gedenktafel im Karl-Marx-Hof die Mitglieder unseres Bundesvorstandes, Obmänner der Bezirksgruppen des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Mandatäre der Bezirksorganisation Döbling der SPÖ. Genosse Johann Haas begrüßte alle Genossinnen und Genossen, besonders aber den Bundesobmann Genossin Rosa Jochmann sowie den Geschäftsführenden Obmann Genossin Rudolfine Muhr, Genossin Frieda Nödl, den Bezirksobmann der SPÖ, Genossen Walter Hofstätter, und Genossen Richard Stockinger sowie die erschienenen Bezirksobmänner unseres Bundes. Auch unsere Genossin Emma Seitz war zu der Feierstunde gekommen.

Der 12. Februar 1934 ist für zahllose Menschen ein Schicksalstag geworden. Mancher, der am Morgen dieses Tages sein Heim verließ, um zur Arbeit zu gehen, hat es nie wieder gesehen; Frauen haben ihre Männer, Kinder ihre Väter verloren.

Unser Genosse Emil Svoboda wurde am 15. Februar 1934 am Gaigen erwürgt. Er war Gruppenführer des Schutzbundes. Unseren Genossen Viktor Klose, einen jungen Mitarbeiter der Parteiorganisation Döbling, ereilte die tödliche Kugel in der Grinzingr Straße. Genosse Ernst Rebec fiel unter den Geschossen der Dollfuß-Garde während der Kampfhandlungen im Gemeindebau Sonnbergplatz. Fast hundert Kampfgefährten sind nicht mehr am Leben; durch schwere Mißhandlungen und das Lager Wöllersdorf, infolge von Krankheiten und Kränkungen sind sie vorzeitig verstorben.

Zwölf Frauen aus dem Karl-Marx-Hof, die unsere Kampfgefährten in den kalten Februarnächten mit warmen Getränken versorgten und Verwundeten Verbandzeug anlegten, sind nicht mehr unter uns Lebenden; sie führten damals Erkundigungen durch und halfen den kämpfenden Schutzbündlern durch Heranbringen von Munition. Oftmals wurden sie von Polizisten und Heimatschützern angehalten, durchsucht und mit der Waffe bedroht, mehrmals befanden sie sich zwischen den feuernden Parteien. Ihrer Kaltblütigkeit war es gelungen, den Schutzbündlern wichtige Nachrichten zu bringen und sie haben damit vielen Genossen Leben oder Freiheit gerettet.

Genosse Johann Haas fuhr dann fort und berichtete über ein persönliches Erlebnis: „Genossen, gestattet mir, ein seltsames Erlebnis zu erzählen, das mit den Februarereignissen im Zusammenhang steht. Ich stand während der Kämpfe um den Karl-Marx-Hof einer von dem Hauptmann a. D. Karl Biedermann geführten Schutzkorpskompanie gegenüber. Biedermann wurde später, obwohl seine Mitwirkung bei den Kämpfen nur eine unbedeutende war, prahlerisch als Eroberer des Karl-Marx-Hofes bezeichnet, und die Faschisten haben den Bau dann sogar nach ihm benannt.“

Ich war ebenfalls verhaftet und verurteilt worden, mußte allerlei Schikanen und Verfolgungen auf mich nehmen und schließlich zum Volkssturm einrücken. Anfangs April 1945 gelang es Genossen Billwein und mir, uns über die Slowakei bis nach Wien durchzuschlagen. In Gerasdorf erfuhren wir, daß Truppen der Roten Armee bereits auf dem Höchstädtplatz in der Brigittenau stünden. Wir beeilten uns, um nach Hause zu kommen. Neben dem Amtshaus am Floridsdorfer Spitz sahen wir an den Kandelabern der Straßenbeleuchtung drei Erhängte baumeln: Zwei der Toten waren Volkssturmmänner, die man wegen Desertion hingerichtet hatte, der dritte

Das Mauthausen-Museum

Die Gedenkstätte Mauthausen und das Museum Mauthausen sind zu folgenden Zeiten geöffnet:

24. Jänner bis 30. April:
täglich von 8.00 bis 12.00 Uhr
12.30 bis 16.30 Uhr

1. Mai bis 30. September:
täglich von 8.00 bis 12.00 Uhr
12.30 bis 17.30 Uhr

Das Museum Mauthausen ist auch an Sonntagen zu den gleichen Besuchszeiten allgemein zugänglich, ebenso am Ostermontag und Pfingstmontag. Dagegen bleiben die Gedenkstätte Mauthausen und das Museum Mauthausen an jedem Montag und in der Zeit vom 15. Dezember bis 23. Jänner durchgehend geschlossen.

aber trug auf der Brust eine Tafel mit der Inschrift: „Major Biedermann — gerichtet als Verräter“.

Aus einer Volksgerichtsverhandlung im November 1947 hat man dann erfahren, daß Major Biedermann als Kommandant der Wehrmachtstreife Wien der österreichischen Widerstandsbewegung angehört und versucht hatte, die kampfflose Übergabe Wiens an die Rote Armee zu ermöglichen. Er war von Nazioffizieren an die SS verraten worden, die ihn dann nach kurzer Sonderverhandlung bestialisch ermordete.

Ich gebe gerne zu, daß mich das seltsame Wiedersehen mit meinem ehemaligen Gegner sehr erschüttert hat. Der einstige Faschist und „Eroberer des Karl-Marx-Hofes“ war nun als Widerstandskämpfer selbst ein Opfer des Faschismus geworden! Wird nicht an diesem Beispiel die ganze Unsinnigkeit des Kampfes klar, den Dollfuß, Starhemberg und Fey im Februar 1934 gegen die österreichischen Sozialisten entfesselt haben?“

Genosse Johann Haas ersuchte dann den Wiener Obmann Genossen Robert Blau die Gedenkrede zu halten.*

Mit der Kranzniederlegung und dem „Lied der Arbeit“ fand die erhebende Gedenkfeier ihr Ende.

Aus den Landesorganisationen

Niederösterreich

Unterstützungen. Damit die Bezirke wieder einen Überblick über die von Inhabern von Opferausweisen oder Amtsbescheinigungen eingebrachten Anträge erhalten, werden wir den Obmännern Namenslisten übermitteln.

Wir ersuchen, unsere Genossinnen und Genossen darauf aufmerksam zu machen, daß jetzt im vierten Quartal (Weihnachtszuteilung) mit etwas größeren Unterstützungsbeträgen zu rechnen ist.

Diesbezügliche Anträge sollen deshalb ehestens beim zuständigen Bezirksamt eingereicht werden.

*

Festveranstaltungen 1975. Anlässlich der 30. Wiederkehr historischer Jahrestage werden Ende April/Anfang Mai 1975 von Bund, Partei und Regierung verschiedene Großveranstaltungen abgehalten. Voraussichtliche Termine sind der 27. April, 1. bis 5. Mai und 8. Mai 1975.

Wir bitten euch, diese Termine von anderen Veranstaltungen freizuhalten.

*

Israelreise. Die Vorbereitungen für die Flugreise nach Israel nehmen nun konkrete Formen an.

Reisetermin: 1. Märzhälfte 1975. Dauer: 9 Tage (Halbpension, Zweibettzimmer). Auf dem Besuchsprogramm stehen unter anderen folgende bekannte Orte: Tel-Aviv, Haifa, Nazareth, Natania, Jerusalem und Bethlechem. Auch das Tote Meer wird besucht; es ist auch der Aufenthalt in einem Kibbuz vorgesehen.

Fahrpreis für Mitglieder (Opferausweis- oder Amtsbescheinigungsinhaber) und deren Gatten 5600 S, Unterstützende Mitglieder 6600 S, Nichtmitglieder 6700 S.

Die Bezahlung des Fahrpreises kann von November 1974 bis Jänner 1975 auch in Monatsraten à 1000 S oder im Februar auf das Girokonto der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, Kontonummer 660.290.909 (Landesverband sozialistischer Freiheitskämpfer NÖ) erfolgen.

Steiermark

Kapfenberg. Johann Röhl †. Die Bezirksgruppe Kapfenberg der Sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus hat wieder einen schweren Verlust erlitten: Nach langem und schwerem Leiden verstarb unser Genosse Johann Röhl.

Er war Mitglied des Republikanischen Schutzbundes und Träger des Goldenen Abzeichens. Nach den Kämpfen am 12. Februar 1934 mußte er Monate im Kerker zubringen.

An seinem Grabe sprach Genosse Schimmel namens der Sozialistischen Partei tiefempfundene Abschiedsworte. Wir werden unserem Genossen Johann Röhl stets ein ehrendes Gedenken bewahren. „Niemals vergessen!“

*

Kapfenberg. Josef Harbisch †. Nach langem und schwerem Leiden verstarb unser Genosse Josef Harbisch. Er war ebenfalls aktives Mitglied des Republikanischen Schutzbundes und Träger des Goldenen Abzeichens. An den Kämpfen am 12. Februar 1934 war er aktiv beteiligt, und er mußte 15 Monate im Kerker zubringen.

Genosse Harbisch war am Aufbau unseres Sprengels maßgeblich beteiligt und während einer Legislaturperiode im Gemeinderat.

Bei der Urnenbeisetzung auf dem Kapfenberger Friedhof sprach Genosse Goak von der Sozialistischen Partei Worte des Dankes. Die Musikkapelle umrahmte die Trauerfeierlichkeit mit einem Trauerchoral.

Wir werden Genossen Josef Harbisch „Niemals vergessen!“

*) Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 9—10, September/Oktober 1974, Seite 12.

Kärnten

Sitzung des Landesvorstandes. Die Sitzung des Landesvorstandes des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus fand am 29. Oktober 1974 statt.

Der geschäftsführende Obmann Genosse Hans Pawlik entschuldigte vor allem den an Grippe erkrankten Landesobmann und gab einen Überblick über die Aktionen in den letzten Monaten. Da am 24. und 25. April 1975 die Bundesversammlung unseres Bundes in Wien im Zeichen der 30jährigen Befreiungsfeiern stehen wird, stellte Genosse Pawlik die Einberufung der Landesversammlung für Mitte März in Aussicht. Am 8. Mai 1975 begeht Kärnten den 30jährigen Befreiungstag vom Joche des Faschismus. Das Jahr 1975 wird daher auch für den Landesvorstand Kärnten im Zeichen einiger größerer Feierstunden zu stehen haben.

Neben dem 8. Mai soll aber auch am nächsten Nationalfeiertag, dem 26. Oktober, eine entsprechende Kundgebung beim Mahnmal auf dem Zentralfriedhof Annabichl vorbereitet werden.

Genosse Pawlik verwies dann auf die Wichtigkeit der kommenden Landtagswahlen für die Sozialistische Partei und die Aufgaben, die im Zusammenhang damit für unseren sozialistischen Freiheitskämpferbund entstehen. Bei den Wahlen wird sicherlich wieder die leidige Minderheitenfrage hochgespielt werden, wie wir das auch bei der durchgeführten AK-Wahl erleben konnten. Es gilt, Übertreibungen von beiden Seiten zu verhindern, und es war nicht sehr glücklich, daß der Kärntner Heimatdienst in einer neuen Broschüre wieder alte Wunden gegenüber der Partisanentätigkeit aufriß, und auch von slowenischer Seite verschiedene Publikationen über eine angebliche Nichterfüllung des Staatsvertrages ebenfalls nicht zur Beruhigung der Gemüter beitragen. Auch die diversen Schmieraktionen stören den Frieden sehr.

Eines der Grundübel ist die Nichtteilnahme der slowenischen Organisationen an den Beratungen der Studienkommission und an den weiteren politischen Gesprächen sowohl in Wien als auch in Klagenfurt. In einer Demokratie könne man einem Verhandlungspartner — in diesem Fall der ÖVP — nicht vorschreiben, wen sie zu Verhandlungen entsendet. Und man kann hier auch nicht aus Sympathie oder Antipathie gegenüber einzelnen Personen Entscheidungen treffen.

Der Landeskassier, Genosse Brenner, brachte dann einen Überblick über die derzeitige Kassensituation. Es wurde beschlossen, die Weihnachtsaktion, so wie alljährlich, vorzubereiten.

Dann ersuchte Genosse Schleicher, unserer Genossin Rudolfe Muhr in Wien für ihre Anteilnahme bei der Minderheitenfrage zu danken. Sehr undemokratisch und sehr ungeschickt waren bei der Kundgebung des Kärntner Heimatdienstes am 13. Oktober in Klagenfurt die mitgeführten Tafeln und die Äußerungen über das slowenische Gymnasium. Es war sehr gut von unseren Genossen in der Kärntner Landesregierung, daß in einer Dokumentation aufgezeigt wurde, welche Punkte des Staatsvertrages gegenüber der slowenischen Minderheit schon erfüllt wurden und was eigentlich noch zur Regelung ausständig scheint: Es ist dies im wesentlichen nämlich nur die leidige Ortstafelfrage. Es muß daher alles unternommen werden, jede Eskalierung hier im Grenzland Kärnten zu vermeiden. Eine direkte Minderheitenfeststellung sollte zur Lösung der Ortstafelfrage sicherlich vermieden werden, und eine Volkszählung besonderer Art, verbunden mit einer allgemeinen Volkszählung, müßte für Geheimhaltung und Nichtbeeinflussung der einzelnen Bürger alle Garantien geben.

Die sozialdemokratischen Abwehrkämpfer lehnen es ab, daß der Kärntner Heimatdienst sie nach außen hin vertritt und er angebliche Parolen der Abwehrkämpfer vertreten will, die nicht für Nationalfragen, sondern für eine soziale Republik Österreich eintraten.

Abschließend wurde dem Landesobmann, Genossen Ferdinand Wedenig, rascheste Genesung gewünscht.

*

Kranzniederlegung. So wie alljährlich, wurde gemeinsam mit dem Landespartei Vorstand der SPÖ am Freitag, dem 1. November 1974, um 9 Uhr am Mahnmal für die Opfer um ein freies Österreich im Zentralfriedhof Klagenfurt-Annabichl ein Kranz niedergelegt.

Viele Genossinnen und Genossen hatten sich eingefunden und gedachten aller Opfer in stiller Ergriffenheit. „Niemals vergessen!“

Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW)

Die Benützung der Bestände des Dokumentationsarchivs der Österreichischen Widerstandsbewegung, Altes Rathaus, Wien 1, Wipplingerstraße 8, ist jeden Montag, Mittwoch und Donnerstag in der Zeit von 8 bis 17 Uhr möglich.

1010 Wien 1, Wipplingerstraße 6—8, Stiege III
Telephon 63 07 31/332

Herrn
 Willem Eduard
 Voltgasse 28-30/18/3/11
 1210 WIEN

Erscheinungsort Wien
 Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

**Wenn unbestellbar, bitte zurücksenden
 an den Absender**

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.



Jetzt. Städtische.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: Robert Blau. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Alfred Billmaier. Alle: Wien 1, Löwelstraße 18. Telefon 63 27 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

- | | |
|---|--------------------------------------|
| 1, Wertertorgasse 9 | Jeden 1. u. 3. Mo. |
| 2, Praterstern 1 | Di. 16 bis 18 Uhr |
| 3, Landstraßer Hauptstraße 96 | Jeden 1. und 3. Mi.
17 bis 19 Uhr |
| 4, Wiedner Hauptstraße 60 b | Mo. 18 bis 19 Uhr |
| 5, Kohlgasse 27 | Mi. 18 bis 19 Uhr |
| 6, Otto-Bauer-Gasse 9 | Do. 19 bis 20 Uhr |
| 7, Neubaugasse 25 | Jeden 1. u. 3. Di. 18 bis 19 Uhr |
| 8, Josefstädter Straße 39 | Do. 17 bis 18 Uhr |
| 9, Marktgasse 2/I | Di. 16 bis 18 Uhr |
| 10, Laxenburger Str. 8/10/I | Jeden 3. Di. 17 bis 19 Uhr |
| 11, Simmeringer Hauptstraße 80 | Jeden 2. u. 4. Di.
18 bis 19 Uhr |
| 12, Ruckergasse 40 | Mi. 17 bis 18 Uhr |
| 13, Jodlgasse 7/III | Do. 17.30 bis 18.30 Uhr |
| 14, Linzer Straße 297 | Jeden 1. Fr. 18 bis 19 Uhr |
| 15, Hackengasse 13 | Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr |
| 16, Zagorskigasse 6 | Do. 17.30 bis 19 Uhr |
| 17, Röttergasse 29 (Sekretariat der
Mietervereinigung) | Mo. 17 bis 18 Uhr |
| 18, Gentzgasse 62 | Jeden 1. Mo. 17.30 bis 20 Uhr |
| 19, Billrothstraße 34 | Di. 17 bis 19 Uhr |
| 20, Raffaelgasse 11 | Jeden 1. Do. 17.30 bis 19 Uhr |
| 21, Prager Straße 9, 1. Stock | Jeden 2. Di.
17.30 bis 18.30 Uhr |
| 22, Donauefelder Straße 259 | Jeden 2. Mo.
18 bis 19 Uhr |
| 23, Breitenfurter Straße 358 | Jeden 1. u. 3. Mo.
18 bis 19 Uhr |

in unseren Fachgruppen

Polizei: Telephon 63 06 71/243

- | | |
|--------------------------|--------------------|
| 1, Postgasse 9, 1. Stock | |
| Fachausschuß | Montag bis Freitag |
| der Sicherheitsbeamten | 8 bis 16 Uhr |

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- | | |
|---------------------------------|------------------|
| Baden, Wassergasse 31, | Jeden 1. Freitag |
| Bezirkssekretariat der SPÖ | 10 bis 12 Uhr |
| Mödling, Hauptstraße 42, | Jeden 1. Samstag |
| Bezirkssekretariat der SPÖ | 9.30 bis 11 Uhr |
| Wr. Neustadt, Wiener Straße 42, | Jeden 1. Samstag |
| Bezirkssekretariat der SPÖ | 10 bis 12 Uhr |
| St. Pölten, Prandauerstraße 4, | Jeden 1. Freitag |
| Bezirkssekretariat der SPÖ | 9 bis 11 Uhr |
| Schwechat, Rathausplatz 7 | Jeden 1. Freitag |
| Bezirkssekretariat der SPÖ | 14.30 bis 16 Uhr |

Burgenland:

- | | |
|------------------------------|--------------------|
| Eisenstadt, Permyerstraße 2, | |
| Bezirkssekretariat der SPÖ | Tägl. 9 bis 12 Uhr |

Kärnten:

- | | |
|--|----------------------------------|
| Klagenfurt, Bahnhofstraße 44, | |
| II. Stock, Zimmer 1, ÖGB- und
Arbeiterkammergebäude | Tägl. außer Sa.
10 bis 12 Uhr |

Oberösterreich:

- | | |
|----------------------------------|--------------------|
| Linz, Landstraße 36/I, Zimmer 3, | Jeden 1. u. 3. Mi. |
| Hotel „Schiff“, Hoftrakt | 16 bis 18 Uhr |
| Steyr, Damberggasse 2, | Jeden 1. Di. |
| Gasthof Gamsjäger | 16 bis 17 Uhr |

Salzburg:

- | | |
|------------------------------------|-----------------------------------|
| Salzburg, Arbeiterheim, Zimmer 30, | |
| Paris-Lodron-Straße 21 | Jeden Di. und Fr.
8 bis 10 Uhr |

Steiermark:

- | | |
|---|------------------------------------|
| Graz, Südtiroler Platz 13, | Jeden 1. Mittwoch |
| Zimmer 17 | 17 bis 19 Uhr |
| Bruck an der Mur,
Schillerstraße 22 | |
| Kapfenberg, Volksheim
(Zimmer 14), Wiener Straße | Jeden 2. Mittwoch
18 bis 19 Uhr |

Redaktionsschluß

für die nächste Nummer 14. Jänner 1975